

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Heraus zahlbaren
Wortwechseln von:
Mt. 4.60 für Deutschland (direkt
per Brief-Geldwert)
Dfl. 2.75 für Österreich (direkt
per Brief-Geldwert)
S. 2. — für alle übrigen Länder
des Weltverkehrs (Kontingent).

Postkarte
Die beizugehaltene Postkarte
3 Sprüche — 25 Pf. — 30 Gd.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Abendungen
franko gegen franko.
Groszübrige Briefe
nach England fallen Doppelporto.

44.

Beziehe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften vorgehen. In der Regel würde man sich die Beziehe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen eingetragenen.

2. November 1889.

Das große Kunststück.

Gerechtigkeit auch dem Gegner gegenüber. Unsere Feinde haben ein großes Kunststück fertig gebracht. Oder vielmehr das große Kunststück, denn es handelt sich nicht um irgend eine gleichgültige Geschichte, wie etwa die Frage der Abrüstung, der Befreiung des Volkes vom Druck der Militärschraube, oder die Frage der Ausrottung der sozialen Parasiten am Volkskörper und dergleichen Krimskrams, sondern um die Frage aller Fragen: die Erhaltung und Sicherstellung des Sozialistengesetzes.

Und die sollte so schwer zu lösen sein? Sind nicht die übergroße Mehrheit der sogenannten Volksvertreter, sind nicht, wenn man genau zusieht, alle großen bürgerlichen Parteien im Grunde ihres Herzens Anhänger dieses Gesetzes? Was braucht es der Rücksicht auf das Duzend Sozialdemokraten und das halbe Duzend ideologischer Querköpfe, die aus Doktrinarismus diese Bilanzleistung prophylaktischer (vorbeugender) Gesetzgebung ernsthaft verurteilen?

Man braucht auf sie wirklich keine Rücksicht zu nehmen, wenn nicht noch in so vielen Köpfen der Bevölkerung die hirnverbrannten Ideen von Rechtsgleichheit und Freiheit der Gewissen, diese aus den Flegeljahren der Bourgeoisie überkommenen Phrasen, spudeln, und wenn man nicht mit der Thatsache zu rechnen hätte, daß die Arbeiterschaft, die ein immer größeres Wort bei den Wahlen mitzusprechen hat, entweder weiß oder instinktiv fühlt, daß das Gesetz in Wirklichkeit gegen sie gerichtet ist. Wie das Gesetz erhalten und ihr diesen Glauben nehmen? Oder wie es wenigstens unsern Mameluken ermdöglichen, für das Gesetz zu stimmen und doch den Wählern weiszumachen, sie hätten auch hier zur „Besserung“ die Hand gereicht?

„Man so dhun“, das ist heutzutage das Geheimnis der Politik: den Schein wahren, ohne doch nur einen Funken von wirklichen Zugeständnissen zu machen. Wie das Sozialistengesetz, auf dem das Duzend der Ausnahmegesetzgebung, des Polizeistaates ruht, so reformieren, daß es etwas weniger schief ausseht, in der Sache alles beim Alten bleibt oder womöglich für die heutigen Gewalthaber ein hübscher Profit abfällt?

Das war die große Frage, und es wäre unbillig, zu läugnen, daß in der jetzt publizierten Sozialistengesetzvorlage dieselbe ganz vortrefflich gelöst ist. Das große Kunststück ist gelungen, und wer immer der Künstler ist, er darf mit Stolz vor den versammelten Reichstag treten und nach bekannter Melodie singen:

In Wir steht ihr den Vater, den Vater, den Vater,
Was möglich war, das that er, das that er, das that er:
Studierte Tag und Nacht,
Bis daß das große Werk zu Stand gebracht.

Ein grandioses Kunststück ist es aber auch. Sehen wir es uns näher an.

Nichts hat in den Ohren des Volks einen häßlicheren Klang als das Wort: Polizei. Es erinnert an Gewalt, Willkür, Unrecht. Nichts klingt hingegen einschmeichelnder als das Wort: Gericht. Man denkt dabei unwillkürlich an Recht, Unparteilichkeit, Gerechtigkeit. Der blaue Rock des Politikers erregt Widerwillen, die schwarze Robe des Richters Ehrfurcht. Wechseln wir also — die Kleider.

Ob Jemand Kriminaljurist genannt wird, oder Reichsgerichtsrath, darauf kommt es nicht an; daß er die rechte Polizeigesinnung hat, das ist die Hauptsache. Und nachdem die Ausnahmegesetzgebung, die das Deutsche Reich von den ersten Jahren seines Bestehens an als Talisman gehütet, ihre erzieherische Wirkung auf den deutschen — Richterstand so vorzüglich bewährt hat, daß ein Zwölftel aller deutschen Richter ihre höchste Ehre darin erblicken, der Regierung auf das Blinzeln eines Auges hin zu gehorchen, leben wir, so oft es möglich ist, an die Stelle des Politikers den Richter. Die Reichskommission, die bisher aus einer Regierung von Gerichts- und Bundesräthen im Verhältnis von 5:4 bestand, und in der grade die Letzteren nicht immer Ordre parierten, soll von nun an nur noch aus unverfälschten Rechtskünstlern ersten Ranges bestehen, die der Bundesrath, d. h. Preußen, auszuwählen hat. Das Reichsgericht in gesteigerter Potenz. Daß der Verfasser des Entwurfs Humor besitzt, zeigt der Passus des Entwurfs, daß die Kommission von jetzt ab statt in der Besetzung von fünf, in der Besetzung von sieben Mitgliedern entscheiden soll. Sieben Oberlandes-, Reichs- u. Gerichtsräthe, was können die für schöne Striche drehen. „Sieben — äßen“, singt der unsichtbare Chor im Freischuh.

Auch sonst treten bei Verboten und Auflösungen an die Stelle der Aufsichtsbehörden die „ordentlichen, bezw. Verwaltungsgewalt“: das „gemeine Recht“ wird wiederhergestellt. Da es in Deutschland kein Gesetz gibt, welches Polizeibeamte für den durch unbedachte Maßnahmen verursachten Schaden persönlich haftbar macht, so wäre diese Aenderung auch dann, wenn die deutschen Richter Richter wären, ziemlich werthlos. So aber ist's gebührt wie gesungen, vielfach sogar noch schlimmer. An die Stelle der einsprachen Brutalität tritt die raffinierte. Im Uebrigen wird nach wie vor aufgelöst und verboten werden.

Aber — lassen wir noch eine — Milderung eintreten. Bisher hieß es: mit jedem Verbot einer einzelnen Nummer einer periodischen Druckschrift kann auch das weitere Erscheinen derselben verboten werden, und zwar ohne daß die Beschwerde aufschiebende Wirkung hat. Sagen wir jetzt, daß erst eine zweite Nummer dem Verbot verfallen muß, bevor die Guillotine zuklappt, so wird uns Niemand abstreifen können, daß wir auch hier einen Schutz gegen übermäßige Härten geschaffen haben.

Dem Anschein nach, gewiß, in Wirklichkeit ist's das Gegentheil. Man erinnere sich nur der famosen Prehordnungen aus der preussischen Konfliktsperiode. Das erste Verbot tritt hier an die Stelle der ersten „Verwarnung“. Es ruft dem Herausgeber einer Zeitung zu: „Freund, wir sehen Dir scharf auf die Finger. Kuschel Du nicht, so schlagen wir zu, und es ist mit Dir Matthai am Letzten!“ Es ist eine Einschüchterung, nichts weiter, und daß der Richter seinen Senf auch dazu geben muß, macht die Sache nicht besser, sondern schlechter.

Selbstverständlich bleibt der „Kleine“ bestehen. Aber auch er wird „gemildert“. Man könnte es besser nennen, gereinigt. Der Ballast der Paragraphen 1, 2 und 4 wird fallen gelassen — man denke, sogar das Verbot des Waffentragens, — auf das ursprüngliche so großer Werth gelegt wurde! — nur die Perle des Gesetzes, die Ausweisungsbefugniß bleibt bestehen. Diese zu erhalten, erschien „unabweislich“. Sie wird sogar noch vervollkommen: wer auf Grund des Kleinen ausgewiesen ist, darf nicht zurück, selbst wenn der „Kleine“ aufgehoben wird, es sei denn, die Landespolizeibehörde erteilt ihm die Erlaubniß dazu. Auch für diesen Passus hat es einen humanen — bald hätten wir gesagt Vorwand — Grund: man kann den „Kleinen“ dem Namen nach aufheben und der Sache nach fortbestehen lassen. Mit dieser Milderung verliert der Paragraph 22 seine Bedeutung, und es konnte „für thöulich erachtet werden“, ihn mit seinen Anhängseln, die „als besonders hart bezeichnet worden sind“, zu streichen.

So, das wären die „Milderungen“. Es leuchtet ein, daß eine Regierung, die sich selbst achtet, auf so werthvolle Befugnisse, wie sie die einzelnen Paragraphen in ihrer alten Fassung enthielten, nicht leichtfertig Verzicht leistet, daß sie nur gibt, wenn sie weiß, daß sie ohne Gefahr geben kann. Das kann sie aber im vorliegenden Falle nur, wenn ein weiteres unbedeutendes Särglein gestrichen wird, der Schlusssatz im bisherigen Paragraph 30: „und bleibt bis zu dem und dem Tage in Kraft.“ Fort mit der Freiheit im m u n g, sie verdirbt uns das ganze Gesetz. Sie ist der Krebschaden, an dem es bis her laborierte, die Ursache, daß es seine vortrefflichen Wirkungen bisher nicht in seinem vollen Umfange bewahren konnte. Wahrhaft rührend klingt die Klage, die in dieser Hinsicht in der „Begründung“ des neuen Gesetzes angenommen wird:

„Unausgeübt aber hätte das Gesetz der sozialdemokratischen Bewegung weit härteren Abbruch gekostet, wenn es von Anfang an als strafloses Gesetz erlassen wäre. Die in kurzen Pausen immer wieder auftauchende Frage der Verlängerung des Gesetzes hat der Sozialdemokratie den erwünschten Stoff zur Agitation. Unabhängig, nicht zur Zeit der Reichstagswahlen, sondern auch für jede Session, in welcher die Verlängerung des Sozialistengesetzes zur Berathung stand, bildete dieselbe den Anknüpfungspunkt, um den sich die Agitation der Sozialdemokratie in der Presse und in Versammlungen drehte. Ebenso boten die Verhandlungen des Reichstags über die bezüglichen Gesetzesvorlagen den Vertretern der Sozialdemokratie immer den geeignetsten Anlaß, um ihre revolutionären Anschauungen und Ziele unter Verächtlichung und Verunglimpfung der Regierungen und ihrer Organe ins Land zu tragen. Der von den sozialdemokratischen Abgeordneten ausgehenden Behauptung, daß das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie zu stärken und fördern, nicht aber zu hindern und einschränken geeignet sei, kam — so unbegründet dieselbe hinsichtlich aller übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes ist — bezüglich der Vorrichtung der Beschränkung der Geltungsdauer auf eine kurze Zeit insofern eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, als dieselbe Bestimmung der ungenügenden Wirksamkeit des Gesetzes innerlich entgegengeordnet, und andererseits vor allem übrigen, dem Gesetze äußerlich der Charakter eines Ausnahmegesetzes aufgeprägt hat.“

Rührend klingt ferner das Lied, und auch überzeugend. — Ja, die vernünftige Kritik des Gesetzes, und unserer weisen Maßnahmen — wenn wir die los werden könnten, dann wäre alles schön und gut. Aber uns alle zwei bis drei Jahre nachweisen lassen zu müssen, daß wir elende Stümper sind, das hält kein Christenmensch aus, da muß uns die Autorität zum Zweifel gehen. Auch wir beanspruchen für uns das Recht, das jedem Spießbürger so überaus theuer ist — wir wollen „un're Ruh“ haben.“

Der Reichstag wäre nicht werth, Kartellreichstag zu heißen, er würde seinen Ursprung: die Furcht des geängstigten Philisters — verlängern, wenn er solcher Klage sein Ohr verschloße. Nein, wer die Legislaturperioden verlängerte, wird den Unfug der Freistimmungen des Ausnahmegesetzes nicht fortbestehen lassen. Ohne diesen Liebesdienst würde das Gebälde seiner patriotischen Leistungen der Krönung entbehren. Und warum sollte er Nein sagen? Kann er nicht beruhigt vor seine Wähler treten, und wenn sich darunter neugierige Arbeiter befinden, die ihn ob seiner Abstinenz interpelliren, auf die vielen „Milderungen“ verweisen, die das neue Gesetz gegen das alte enthält, auf die „Rechtsgarantien“, die es jetzt umgeben?

Kein Zweifel, dieser neue Entwurf ist ein Kunststück. Ein Gewand aus Lumpen und Fegeln, das beinahe nach etwas ausschaut. Auf einem Wiener Schnasball würde er sicher seinen Preis erhalten. Und was sind unsere Parlamente Andres als gesetzgeberische Schnasbälle?

Schade nur, daß Kunststücke nicht auch Kunstwerke sind! Und daß der Schnas alles ausschalt, nur nicht das Licht des Tages. Und dreifach schade, daß die deutschen Arbeiter so verdammt helle Augen haben!

So dürfen wir denn dem Künstler, der das schöne Stück hergestellt, unser aufrichtiges Kompliment abgeben. Was aus diesen Lumpen zu machen war, das hat er gemacht. Was möglich war, das that er. Daß er sich von seinem Machwerk einen anderen als einen Schnasaspekt verpricht, daß er es fertig bekommt von einer „erhöhten Wirkung“ zu sprechen, die das neue Gesetz in Bezug auf die Einschränkung der sozialdemokratischen Bewegung in Aussicht stellt, diese Illusion hat er mit andern Künstlern seines Schlages gemein. Er ist ein Genie in der parlamentarischen Dummheit. Ultra posse nemo obligatur. Wer weltgeschichtliche Bewegungen nicht begreift, von dem verlange man auch nicht die Erkenntniß, daß gegen sie kein Kraut gewachsen ist. Das Gesändniß, zu dem er sich gezwungen sieht, um seine Waare an den Mann zu bringen,

„die sozialdemokratischen Lehren haben in den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung schon zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß man sich der Selbsttäuschung hingeben könnte, es werde schon im Laufe weniger Jahre ein erheblicher Rückgang in der sozialdemokratischen Bewegung eintreten“ ist der halbe Bankrott, und die Verlängerung des Ausnahmegesetzes „auf ewige Zeiten“ wird den ganzen Bankrott auch nicht um einen Tag aufhalten.

Aus Frankreich.

Paris, den 25. Okt. 1889.

Die Kohlenwerke der beiden Departements Pas-de-Calais und Nord sind seit den letzten Wochen der Schourmp einer ausgedehnten Streikbewegung unter den Kohlengräbern. Aus kleinen Anfängen herausgewachsen, hat sie allmählich fast alle bedeutenden Gruben der genannten Departements erfaßt. Heute hier ausbrechend, morgen in einer benachbarten Grube, bald hier, bald dort momentan beendet, dann wieder von Neuem aufgenommen, hält der Streik die Arbeiterschaft der Gegend in Alhem und löst den Kohlenbaronen des ganzen Landes Besorgniß und Unruhe ein. Die Streikarte, um uns dieses Ausdrucks zu bedienen, wechselt täglich, und die ganze Erscheinung erinnert an eine jener laufenden Feuerbrände, welche nur hier zu erlöschen scheint, um an einer andern Stelle um so heller aufzulodern.

Der Streik nahm seinen Anfang in den Gruben zu Lens, wo am 8. Oktober 600 Arbeiter in Aufstand traten, um folgende Forderungen durchzusetzen: 1. Abschaffung der obligatorischen Heberarbeit, die Heberstunden sollen fakultativ sein und besonders entlohnt werden; 2. Gewährung des Rechts an die Wittwen der Kohlenarbeiter, nach dem Tode des Mannes die „Corons“ (der Gesellschaft gehörende Arbeitshäuser) weiter zu bewohnen; 3. bessere Behandlung der alten Arbeiter und der Halbinvaliden; 4. Abschaffung der Lasten, dem Arbeiter im Falle seines Ausbleibens, aus welchem Grunde dasselbe auch immer erfolgte, Strafgebühren in der Höhe von 2 Franken abzuziehen; 5. Erhöhung des Lohnes um 10 Prozent.

Da die Aktiengesellschaft, welche die Kohlenwerke von Lens und Umgebung ausbeutet, sicherte, daß der Streik auch die benachbarten Gruben ergreifen werde, erklärte sie sich bereit, alle Forderungen der Arbeiter bis auf die Vohnerhöhung anzunehmen zu wollen. Auch hinsichtlich der letztgenannten Forderung wollte sie alle Konzeptionen machen, welche ihr bei reiflicher Erwägung der finanziellen Lage des Unternehmens nur möglich erscheinen sollten. Diese konzeptionsförmige Stimmung der Herren Kohlenbarone, welche natürlich von der Presse gehörig beschuldigt ward, dauerte aber gerade so lange an, bis die in solchen Fällen übliche Gensdarmarie nicht obligaten Militär in das Kohlenrevier entsandt war. Rann war dies ohne jede Veranlassung zu der Maßregel seitens der Streikenden geschehen, so daß sogar der Maire von Lens erklärte, die Anwesenheit der Truppen habe nur eine Herausforderung und Gefahr für die Bevölkerung, und er werde sich deshalb weigern, Quartierstellen zu verabfolgen, so schnell der Gesellschaft der Ramm bedeutend. Sie wollte nun absolut nichts mehr von einer Vohnerhöhung wissen und renommirte, daß die Kohlenarbeiter von Lens die bestbezahlten der der ganzen Departements seien, und dies, obgleich die Geschäfte so schlecht gingen und die Dividenden immer magerer ausfielen. Zur Illustration dieser Angaben sei hier bemerkt, daß die Preise der unerschöpflichen Bedarfsartikel in ganz Frankreich seit 1881 um fast 11% %, im Pas-de-Calais aber noch bedeutend mehr gestiegen sind, die Löhne der Kohlenarbeiter von 1885 an langsam und stetig gestiegen, so daß der Verdienst jetzt um 1 Franken täglich niedriger steht, als in dem genannten Jahre. Die „Mühseligkeit“ der armen Mineure, welche sie zur Sparsamkeit den Arbeitern gegenüber bringt, erweist daraus, daß die 3000 Aktien à 300 Franken des Anlagekapitals gegenwärtig einen Werth von 61,200,000 Franken repräsentiren, also einen Mehrwerth von 61,200,000 Franken. Jede Aktie, welche ursprünglich 300 Franken kostete, steht heute auf 22,700 Franken und bringt jährlich 900 Franken Rente. Der schlechte Geschäftsgang, auf den sich die Gesellschaft beruft, um seit 1885 an die Löhne zu drücken, ist auch die reine Fabel. Die Summen, welche die Kompagnie jährlich durch nichtbezahlte Heberstunden und Vohnerhöhung „spart“, belaufen sich auf Millionen.

Als die Kohlenarbeiter aller benachbarten Gruben sich mit den Streikenden solidarisch erklärten und gleichfalls in Aufstand traten, als in Levein, Courrières, Douze, Carvin, Drocourt u. c. nicht mehr eingefahren ward, als die Zahl der Streikenden auf 15,000 anstiege, und der Aufstand nicht nur das ganze Kohlenbecken des Pas-de-Calais, sondern auch das des Nord-Departements zu ergreifen drohte, da besann sich die Aktiengesellschaft, daß sie doch eine Vohnerhöhung bewilligen könnte und bewilligte nach erstlichem Zögern die geforderten 10 Prozent für die Arbeiter aller von ihr ausgebeuteten Gruben. Das Ende des Streiks ward bereits offiziell ausposaunt, als die wahrhaft jesuitische Ko-

führt der Aktiengesellschaft, welche behauptete, daß sie zwar die schuppenartige Vohrerhöhung allen Kohlengrübern des Pas-de-Calais bewilligt habe, jedoch die übrigen oben angeführten Forderungen einzig und allein den Grubenarbeitern von Lens, Anlaß wurde, daß der Streik in einer großen Anzahl von Gruben fortdauerte, in andern nun erst ausbrach und daß sogar in Gruben die Arbeit periodisch wieder niedergelegt ward, um den Forderungen der Kameraden Nachdruck zu verleihen. Der Ausbruch dauerte gegenwärtig noch fort in Roenne, Marles, Lievin, Estricourt, teilweise auch in Nully-Grenon. Im Nord-Departement feiern fast sämtliche Gruben um Douai herum, und der Streik wird voraussichtlich noch größere Dimensionen annehmen. Die Forderungen der Kohlengrüber dieses Departements sind:

- 1) Ein Minimum von 4 Fr. 80 Cent. pro Tag, für die Häuer noch 10 Prozent Prämie.
- 2) Tagelohn von 4 Fr. für die Förderleute.
- 3) Erhöhung des Lohnes der Hundehungen um 50 Cent. und Mindestlohn für sie von 1 Fr. 50 Cent.
- 4) Abschaffung der Einrichtung, daß abgelagerte Kohlen unter bestimmten Vorwänden nicht gekauft werden.
- 5) Recht der Wittwen, die „Corans“ zu bewohnen.
- 6) Abschaffung der obligatorischen Ueberstunden.
- 7) Wiederentstellung aller Arbeiter, welche am Streik theilgenommen.
- 8) Bei Entlassung von Kohlengrübern oder deren Angehörigen stellt die Gesellschaft Arzt und Medicamente an ihre Kosten.
- 9) Erhöhung des Tagelohnes der alten Arbeiter.
- 10) Entlassung eines unbeliebten Jaguleurs und öffentlicher Aufschlag der zwischen den Arbeitern und der Compagnie vereinbarten Bedingungen.

Zu allen Kohlenwerken liegen zur Zeit größere Bestellungen vor, und die Compagnie fürchtet bei längerem Ausbleiben des gegenwärtigen Zustandes einen Theil ihrer Standschaft an das Ausland zu verlieren. Unter solchen Umständen darf man hoffen, daß die Ausständigen ihre Forderungen durchsetzen werden. Natürlich ist in den betreffenden Distrikten Gesundheits- und Mitleid auf den Weinen. Trotz der ruhigen Haltung der Streikenden sind bis Dato drei Arbeiter verstorben worden. Weiter hat der Streik in Dourges bei Douai ein Menschenleben gefordert. Die dortigen Kohlengrüber wollten die Kameraden der großen Gruben zu Gacarelle auffordern, die Arbeit einzustellen. Dourges ist von dem letztgenannten Ort durch den Kanal der Scarpe getrennt, und da die Streikenden alle über denselben führenden Brücken militärisch besetzt fanden, so schwammen 200 von ihnen an das gegenüberliegende Ufer, wobei ein Mann ertrank.

Die opportunistische Presse ist über die „Annahmen“ der Kohlengrüber ganz außer sich. Die „Temps“ läßt sich z. B. aus Anlass schreiben, daß es keineswegs die Nothwendigkeit sei, welche die Vohrerhöhung fordert, sondern nur der natürlich erhobene Wunsch der Arbeiter, besser zu leben, ihren Wohlstand zu steigern. Die Kohlengrüber hätten weder ersuche Bestanden zu formulieren, noch besondere Forderungen durchzusetzen. Aber sie wollen um eifrige Lage die Aufständigen spielen und sich einem süßen Mittelstand hinneigen. Der Korrespondent der „Independance beige“ erbringt als unwiderleglichen Beweis für die Wichtigkeit der Kohlengrüber des Pas-de-Calais, daß er dieselben, überhaupt zu sagen, Dienstadt und Dounerkrass, also mitten in der Woche, beim Ballspiel angetroffen habe! Verschiedene Blätter hat die Forderung der Arbeiter, daß die Aktiengesellschaften Arzt und Medicamente, eventuell auch Bekleidung an ihre Kosten zu stellen haben, Kulaß zu den plattesten, nichtigen Forderungen.

Der Streik der Kohlenarbeiter hat einen durchaus ökonomischen Charakter, er ist auch nicht im Entferntesten mit politischen Schreckungen verknüpft. Die Ausständigen manifestieren in allen Orten unter dem Gesänge der heute durchaus unvergänglichen Marseillaise, und der donatlangische Abgeordnete Vanr, Miners-Zusatz, welcher seine Dienste als Vermittler angeboten, hat unverschiedene Sache abgelehnt müssen. Damit ist den Herren Kohlenbaronen jeder Vorwand genommen, den Streik, wie dies in letzter Zeit üblich geworden, durch die kapitalistischen Beschloßenen als donatlangische Mauerer in Verrath zu bringen. — Angesichts der oben angezeichneten Situation hätten die Arbeiter lieber gute Resultate erzielen können, wenn sie geeinigt und nach einem bestimmten Plane vorgegangen wären. Allein der Verlauf des Streiks beweist, daß die ausständigen Arbeiter des Pas-de-Calais der Arbeit, der Organisation ermangeln. Wenn sie gegen die Hebermacht des Kapitals revoltieren, so geschieht dies nur unter dem bleiernen Druck eines äußersten Nothstandes, und sie können kein anderes als das nächstliegende Ziel: eine kleine Verbesserung ihrer materiellen Lage. Hervorgehoben muß jedoch werden, daß der Streik eine bedeutend höhere Entwicklung des Solidaritätsgefühls unter den Kohlengrübern gezeigt hat, als bei früheren Ausständen unter ihnen angetroffen war. Bedauerlich ist, daß keine der sozialistischen Fraktionen den Streik in propagandistischer Beziehung auszunutzen verstanden hat. Nur die sich unabhängig sozialistisch nennende „Ggollite“ hat zwei ihrer Mitarbeiter, den talentvollen, aber höchst unklaren Anarchisten Faure und den unabhängigen Sozialisten Jevaco nach dem Streikverlauf gefordert. Beide haben den Arbeitern den verschiedenen unklaren Köpfe allein selbigen nach dem Verlauf des Generalstreiks gepredigt, selbstverständlich jedoch ohne Erfolg.

Als Nachspiel zu den Wahlen wachen die Organe, welche in diese oder jene politische Partei eingeschoren sind, die schmutzige Wäsche der Wahlmanöver ihrer Eigennoren. Nur über die Niden und Tücken, mit denen die sozialistischen Kandidaten, welche ihrem Programm getreu weder von einer Allianz mit Ferry, noch mit Boulanger etwas wissen wollten, von allen Parteien ohne Ausnahme bekämpft werden, verliert keine Zeitung ein Wort. Der Grund dafür ist mit Händen zu greifen. Dem Sozialismus gegenüber haben sie alle ein schlechtes Gewissen. Am stärksten zeigt dies die Wahlkampagne, welche gegenüber Jules Guesde in Marseille geführt wurde. Schon vor dem ersten Wahlgange hatte Guesde den Bestand der antiboulangistischen Wahlkomitee erläutern können, wenn er deren Erklärung unterzeichnet hätte. Er weigerte sich, dies zu thun, unter Hinweis darauf, daß die Erklärung „mit antiboulangistisch genug“ sei, da sie „wohl den donatlangismus brandmarkte, aber nicht dessen Lächerlichkeit“. Vor dem zweiten Wahlgange hat das boulangistische Wahlkomitee Guesde an seinen Kandidaten Betrag zurückgegeben und dessen 1100 Stimmen ihm zugewendet, sofern sich Guesde nur durch sein Wort verpflichte, in der Kammer für die Revision des Projektes Boulanger einzutreten. Guesde wies auch dieses Anerbieten zurück, da er „keine Stimmen kaufe“. Zwischen den beiden Wahlgängen ließ der Präfekt von Marseille den in Paris kandidierenden boulangistischen Geheißten kommen, welcher geborener Marfischer ist und in der Stadt bedeutenden Einfluß genießt. Trotz des Gesettes gegen die Biellandbidaturen, forderte der Präfekt Chevillon auf, gegen Guesde zu kandidieren und versprach ihm, mit seinem ganzen Einfluß für seine Wahl einzutreten. Chevillon zeigte sich anfangs dem Plane geneigt, stand aber später davon ab und ließ die ihm zugeordnete Rolle von einem gewissen Faure spielen. Daher die so unverkennbar erscheinende Thatsache, daß in Marseille zwei boulangistische Kandidaten in der Stichwahl auftraten; der eine war der Kandidat des boulangistischen Wahlkomitee, der andere — der höchst regierungsgerechten Präfektur! Trotz alledem hätte Guesde den Sieg davon getragen, wäre nicht der angeblich sozialrevolutionäre Kandidat Protot im Spiele gewesen, welcher ihn in einer Weise bekämpfte, welche sich weder auf prinzipieller noch persönlicher Gegnerschaft erklärt, sondern lediglich aus Protots Rolle als Regierungsgagent. Die Verleumdungen, mit denen er Guesde überhäufte, waren ebenso gemein als geradezu verpöflicht. Guesde war der Agent Guesde's und hatte veranlaßt, daß Protot seiner Zeit in Genf verhaftet und mit 50 Metern Ketten behaftet ins Gefängnis geführt ward. Aber Guesde war außerdem auch der Agent Bismarck's. Den Schmutz, in dem er diese Vögel anführte, verstand Guesde in 16,000 Exemplaren an jeden einzelnen Wähler. Protot hat für Druck, Aufschlag und Vertheilung solchen Schmutzes viele Tausende verauslagt. Das Aufhängen eines einzigen Auftrags in 10,000 Exemplaren kostete 2000 Franken. Wenn man bedenkt, daß hinter Protot keine Organisation, sondern nur das obfure, aus anderthalb Mann bestehende Wahlkomitee Fels Fels stand, so müßte man erstaunt fragen, woher der Mann die Mittel genommen, Marseille mit derartigem Mist zu verpesten, wüste man eben nicht, daß die gebirgen Fonds tief und feils zur Bekämpfung von wahren Sozialisten disponirt sind.

Uebrigens hat Protot mit seinem schmutzigen Geschäft nur wenig Anklang gefunden, und sein Auftreten in den Versammlungen ward ge-

wöhnlich mit den Rufen „die giftige Kröte“, „Cunepozus“, „Schuft“ u. dergleichen. Besonders waren die Arbeiterfrauen von Marfische gegen den Hallunken erbittert. Bezeichnend ist, daß Protot keine Stimmungen der Mehrzahl nicht in Begleitung erhaltend, wo er nicht in Versammlungen aufgetreten und von Guesde widerlegt worden war, sondern deren Wählerchaft er nur schriftlich bearbeitet hatte.

Welch reichhaltige Thätigkeit Guesde einfallen hat, erhellt daraus, daß er in der kurzen Wahlperiode nicht weniger als 49 Versammlungen abgehalten, in denen er als Hauptredner auftrat. Mindestens ebenso zahlreich sind die Versammlungen, in denen er ein- oder mehrmals das Wort ergrieff. Wenn auch seine Handhabe Dank der geschickten Mauerer scheitern mußte, so war doch sein Wirken in Marseille für die Sache des Sozialismus vom größten Erfolg begleitet, und er darf noch dieser Seite hin mit voller Befriedigung auf seine Kampagne zurückblicken. Sein zündendes Wort hat nicht weniger als 17 Gruppen ins Leben gerufen, welche zusammen 1000 freierzahlende Mitglieder umfassen, die sämtlich das sozialistische Parteiprogramm angenommen haben. Der während der Wahlperiode gegründete „Socialiste“ von Marseille steht auf festen Füßen und soll sich demnächst aus einem Wochen- in ein Tagesblatt umwandeln. Gewissen, von der Justizpresse aufgeworrenen Verleumdungen gegenüber, zu deren Gese sich auch das sozialistische Organ „Le Proletariat“ gemacht und die behauptete, Guesde habe seiner Wahlkampagne ein anderes als das sozialistische Programm der Partei zu Grunde gelegt, sei noch bemerkt, daß Guesde das sozialistische Parteiprogramm nicht nur in Versammlungen entwickelt, sondern auch in tausenden von Exemplaren als Wahlprogramm hat vertheilt und anschlagt lassen.

Außerdem hat er auch dem, vom internationalen Kongress zu Paris gefassten Beschlusse entsprechend, die dortselbst gefassten Resolutionen in sein Programm aufgenommen. Das „Proletariat“ hätte sich mit leichter Mühe hiervon überzeugen können, ehe es in die Festschloffen der Repliken trat.

Die auf Grund eines sozialistischen Programms gemählten Abgeordneten haben die Absicht, sich zu einer parlamentarischen Gruppe zusammen zu schließen, „der kein Abgeordneter angehören kann, welcher durch die Thüre Boulanger's, aber auch keiner, der durch die Thüre Ferry's gelangt ist.“ Dumay und Joffrin können derselben also ebenso wenig angehören, wie Granger, Rodin und Bourde. Die meisten der in der Provinz erwählten sozialistischen Deputirten haben bereits ihre Zustimmung zu dem Plane gegeben, der Beitritt der übrigen ist kaum zu bezweifeln. Die Bildung einer derartigen Gruppe, auf welcher auch kein Schein eines Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien ruht, ist durchaus korrekt und vom prinzipiellen Standpunkte aus eine Nothwendigkeit. Wir begrüßen dieselbe als das Versprechen einer für die Entloftung der sozialistischen Parteiverhältnisse Frankreichs recht erproblichen Thätigkeit im Parlament.

Zur Frage der Programmänderung.

Von befreundeter Seite wird uns geschrieben:

Der Redaktor des „Sozialdemokrat“ ist es von Seiten mehrerer Genossen zum Vorwurf gemacht worden, daß sie sich mit der Frage der Programmänderung nicht ernstlicher befähigt, und nicht in einer Reihe von Artikeln auf die Punkte des alten Programms aufmerksam gemacht habe, welche einer Aenderung bedürftig sind.

Wir glauben, daß diese Vorwürfe jeglicher Begründung entbehren, und daß sie sich mindestens an die falsche Adresse wenden. In der Frage der Programmänderung kann die Redaktion dieses Blattes vorwiegend die Initiative ergreifen. Die Aenderungsversuche haben aus der Mitte der Partei zu kommen, und die Redaktion hat dann selbstverständlich ihr Recht und ihre Pflicht der Kritik auszuüben. Hiermit soll jedoch keineswegs gesagt sein, daß die Redaktion nicht ihrerseits mit eigenen Vorschlägen hervortreten dürfte. Ist die Bewegung, sagen wir, die Revisionsbewegung einmal in Fluß, so hat die Redaktion des „Sozialdemokrat“ sich selbstverständlich an derselben zu betheiligen und ihre Zusammenkünfte zum Ausdruck zu bringen. Allein die Redaktion des Parteiprogramms kann sich nur dann an die Spitze der Revisionsbewegung stellen, wenn solche vorhanden ist, und sie hat nicht die Macht, eine solche Bewegung herbeizurufen. Und das wäre nothwendig, — denn eine Bewegung zum Zwecke der jetzigen Aenderung, oder sagen wir lieber: der Fortentwicklung unseres Programms ist nicht vorhanden.

Die Genossen, welche der Redaktion Vorwürfe machen, sollten zunächst an die richtige Schmelde gehn und Sorge tragen, daß die Frage der Programmänderung in Deutschland unter den deutschen Genossen in Fluß kommt. Dann wird der „Sozialdemokrat“ sicherlich seine Schuldigkeit thun.

Thatsache ist: ein praktischer Bedarf, das Programm zu ändern, hat sich bis jetzt innerhalb der Partei nicht herausgestellt. Theoretisch ist Jevermann für die Aenderung, denn jeder unserer Genossen ist sich vollkommen klar, daß unser, vor jetzt 15 Jahren entworfenes Programm, weder in seinem theoretischen, noch in seinem praktischen Theile — welches letzterer sich aber leicht ergänzen läßt, auf der Höhe der Gegenwart steht. In dieser Hinsicht herrscht absolute Einstimmigkeit. Und es ist auch einem jeden Parteigenossen bekannt, daß im Jahre 1877 und zu Anfang 1878 die Absicht einer Revision des Programms ganz allgemein war und daß der nächste Parteikongress die Revision vornehmen sollte. Der „nächste Parteikongress“ wurde aber durch den Bismarckischen Attentats-Nummel und das Sozialistengeheiß verhindert. Ein Parteikongress konnte nur vorläufig überhaupt nicht mehr in Deutschland stattfinden, und die Partei selbst fand sich plötzlich in eine durchaus veränderte Lage gebracht, dem Kampf, dem Kampf mit der Christenheit mühte alle Hände untergeordnet werden — die theoretischen Fragen traten in den Hintergrund. Wir sagen ausdrücklich: die theoretischen Fragen — nicht: die prinzipiellen. Um prinzipielle Fragen handelt es sich bei der Revision des Programms gar nicht. Das Parteiprogramm, über das kein Streit ist, niemals ein Streit war, ist niemals in Frage gekommen und konnte niemals in Frage kommen — denn sonst wäre ja die Partei selbst in Frage gekommen. Das, worum es sich handelt, ist nur die theoretische Formulierung des Prinzips, also in gewissem Sinne nur eine untergeordnete Frage — oder sagen wir lieber eine Frage zweiten Ranges.

Es liegt in der Partei gegenwärtig auch nicht ein einziger ernsthafter Streitpunkt vor. Die Frage der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, die eine Zeit lang zu Meinungsdivergenzen zwischen „Kassaleonern“ und „Grünen“ Anlaß gab, ist im Laufe der Parteientwicklung längst thatsächlich entschieden worden; und die sozialdemokratische Partei zählt heute keinen Anhänger mehr, der noch an dem „Kassaleon'schen Vorschlag“ festhielt. Derselbe ist durch den in vielerhafter Schamlosigkeit sich vollziehenden wirtschaftlichen Entwicklungsprozess dergestalt überholt worden, daß über die Unzulänglichkeit kein Zweifel mehr besteht.

Was doch schon 1877 und 1878 gerade der auf die genossenschaftliche Produktion bezügliche Theil unseres Programms, als nicht scharf genug Affektionen des Kassaleon'schen Vorschlags ausschließend, den Anlaß zur Forderung einer Programmrevision.

Genug — das Sozialistengeheiß verhinderte damals die Revision; und seitdem hat die Partei unter der Führung des alten Programms, ohne auf dessen Nachhaken zu schwören, in einem eifrigem Kampfe, der keine Waffenruhe, keinen Waffenstillstand bot, so erfolgreich gekämpft, daß die Annahme, gewisse theoretische Unklarheiten des Programms hätten die Kampffähigkeit der Partei verringert, durch die Thatsache schlagend widerlegt ist.

Die Partei kennt die Mängel des Programms und ist schweigend über sie zur Tagesordnung übergegangen; sie kennt aber auch die großen Vorzüge des Programms, das, theoretisch wie praktisch, durch alle anderen Parteiprogramme überragt, die kämpfende deutsche Sozialdemokratie von Sieg zu Sieg geführt hat.

Wir Programmen ist es ähnlich wie mit Verfassungen. Nicht auf den Buchstaben kommt es an, sondern auf den Geist der Verwirklichung und Selbstthätigkeit. Die alten Verfassungen der Engländer und Amerikaner haben trotz ihrer Mängel und Abgeschmacktheiten sich tausendmal besser bewährt, als alle neuen, in der Form und Theorie weit besseren Verfassungen der modernen Revolutionsperioden.

Eigentümlicher, jedoch sehr erklärlicher Weise kamen die Zuschriften an die Redaktion, welche eine Programm-Revision befürworteten, in keinem Falle aus denjenigen Theilen Deutschlands, in denen die Partei ihre Hauptstärke hat und am stärksten um ihr Dasein zu kämpfen hat. Da, wo die Genossen am heißen Kampfgebühle stehen, haben sie keine Zeit zu theoretischen Fragen, wir hätten fast gesagt: zu Doktorfragen. Und, — wiederum ein charakteristisches Moment! — die Frage, welche in den Zuschriften den ersten Rang hatte, war die — Religion. Man griff den Satz unseres Programms an, der die Religion zur Privatangelegenheit erklärt — das heißt einen Satz, dessen politische Wichtigkeit und dessen praktischer Werth von der weitesten größten Zahl unserer kämpfenden Genossen, wie wir mit Bestimmtheit sagen zu können glauben, erkannt und auf's Höchste geschätzt wird, und dessen Aenderung — wir sind der festen Ueberzeugung — von keinem deutschen sozialdemokratischen Kongress angenommen werden wird. So lange die Religion noch ein Faktor ist, mit dem gerechnet werden muß.

Unter allen Umständen ist aber soviel sicher: bisher war in Deutschland keine Bewegung zu Gunsten einer Programm-Revision.

Der nächste Parteitag wird sich, nach dem Beschlusse des St. Gallener Parteitages, mit der Frage zu beschäftigen haben, und die Redaktion des „Sozialdemokrat“ wird sich, wie das ihr zukommt, an den Debatten über die Frage betheiligen — sie kann aber keine Bewegung machen, die nicht ist, und an den deutschen Genossen ist es, die Debatte zu eröffnen.

So der Eindecker. Auch wir halten die Frage der Programmänderung für eine untergeordnete, die der Partei in der Zukunft die richtige. Da jedoch eine Fortsetzung des Programms unter keinen Umständen von Nachtheil sein kann, so nehmen wir die Befürwörter, die er erwähnt, als eine dankenswerthe Anregung, der wir demnächst nachkommen werden.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 30. Oktober 1889.

— An die Parteigenossen im Ausland ergeht die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags folgenden

Aufruf:

„Parteigenossen! Wie Euch allen bekannt sein wird, stehen in Deutschland die Bemühungen zum Reichstag in Höhe bevor. Durch Beschluß der Majorität des gegenwärtigen Reichstags, welchem die Regierungen ihre Zustimmung gaben, wird der nächste Reichstag nicht wie bisher auf drei Jahre, sondern auf fünf Jahre gewählt.“

Die bevorstehenden Wahlen sind also von ganz besonderer Wichtigkeit. Gestänge es der letzten reaktionären Majorität, welche die so knapp zugemessenen Volksrechte verkümmert, die indirekten Steuerlasten in bisher nie gekanntem Maße erhöhte und eben dabei ist, die Ausnahmestellung zu verewigen, und neue gewaltige Mehrausgaben für Rückwärtsentwicklung unserer Gesetzgebung ohne Unterbrechung weiter, die Vollen wurden bis ins letzte Anrecht der geistigen.

Diesen speziell die Arbeiterklasse auf's schwerste benachteiligenden Bestrebungen entgegenzuwirken, ist eine harte sozialdemokratische Bestrebung im Reichstag das geeignetste Mittel.

Eine solche wird auch die Regierungen und die herrschenden Klassen drängen, im Sinne der Beschlüsse des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris für die Schaffung einer wirksamen internationalen Arbeiter-Kongress-Gesetzgebung einzutreten. Sie wird ferner den Kriegshäusern und Nationalitäten-Verhörungen, von wo immer sie kommen, entgegenzutreten, die ganz Europa in ein ungeheures Waffenlager verwandelt und die ganze Kulturwelt mit Angst, Sorge und Unruhe erfüllt.

Diesen kulturfeindlichen Bestrebungen gegenüber wird eine harte sozialdemokratische Fraktion die Interessengemeinschaft der arbeitenden Klassen aller Völker, die in der Aufrechterhaltung des Friedens und der gemeinsamen Kulturarbeit zum Wohlfahrt aller bestehen, auf das Euerigste vertreten.

Parteigenossen! Unser Interesse ist also auch das Eure, und so appellieren wir an Euer Mit- und Solidaritätsgedühl, das Ihr noch stets für die Zustände Eures Heimathlandes und für Eure hier kämpfenden Genossen bewiesen habt, und fordern Euch auf, uns in dem bevorstehenden Wahlkampf nach Kräften materiell zu unterstützen.

Wie groß oder wie klein immer die von Euch gewährte Hilfe sein mag, wir werden sie als ein Zeichen Eurer brüderlichen Stimmung annehmen und im Sinne unserer gemeinsamen Sache im Wahlkampf verwenden.

Jeder von uns ist bereit, Sendungen für diesen Zweck in Empfang zu nehmen.

Es lebe unsere gemeinsame Sache, die Sache der Arbeit und der Kultur!

Berlin, den 23. Oktober 1889.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags:
A. Bebel, H. Dietz, R. Frohme, A. Grillenberg, B. Harms,
H. Kühn, W. Liebknecht, G. Meister, Ad. Sabor,
G. Schumacher, B. Singer.“

Dieser Aufruf spricht für sich selbst — es hieße seine Wirkung abschwächen, wollten wir ihm eine besondere Empfehlung auf den Weg geben. Die Genossen im Ausland werden ihre Pflicht thun!

— Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages hat einen Antrag auf Aufhebung aller Zölle auf noch nicht abgelaufenen Waren eingeleitet, dagegen wird sie darauf verzichten, die Einsetzung des Verfahrens gegen die in den Oberfelder Weichmündspröge hineingesogenen Abgeordneten Bebel, Grillenberg, Harms und Schumacher zu beantragen, damit dieser Nejenwurm endlich einmal dem Publikum vorgeführt werden kann.

— Die deutsche Thronrede — schreibt man uns — ist diesmal nicht so langsam und bedeutungslos, wie derartige Ausrufe, namentlich in Preußen-Deutschland sonst zu sein pflegen. Nicht daß sie inhaltsvoller und gedankreicher wäre! Bei Leibe nicht! Aber sie hat — aus welchem Grunde, das wissen wir nicht — etwas mehr Ehrlichkeit, oder sagen wir lieber Offenheit, als es sonst Brauch ist, und spiegelt treu die Welt wieder, aus der sie hervorgerufen ist. Und welche! Des, abgesehenes Bild stellt uns entgegen! Ein Kirchhof, auf dem eine Armee kampirt — Infanterie, Kavallerie, Artillerie, die berühmte moderne Dreieinigkeit. Kein Baum, kein Strauch, kein Grashalmchen, das da emporsproßt — Alles zerstampft, platt getreten, todt, Nichts als Tod und Noth, und Wordumstümpfen — lebendige oder todt. Und der einzige Gedanke, der über diesem Kirchhofe thronet: Mehr Ordnungsmaschinen!

Wo ist denn aber die Sozialreform, die Wunder wirken und den Kirchhof in ein fruchtbares, menschenwürdiges Saatfeld umgestalten sollte?

Ja nicht! Ist nicht der Sozialdemokrat der Racker der Thronrede. „Ist nicht! Die verdammtesten Sozialdemokraten haben uns das Spiel vererbt. Erst müssen sie aus dem Weg geschafft — geküßt, erdroffelt werden, ehe unsere Sozialreform zur Geltung kommen kann.“

Mit andern Worten: die Urheber der Bismarck'schen Sozialreform bekennen sich für geschlagen — geschlagen von der Sozialdemokratie.

— Ein Eigenlob, das mehr wie stinkt, hat sich Kaiser Wilhelm in den national-liberalen „Hamburger Nachrichten“ ausgelassen — Hamburg schreit von allen mit Bismarck'schen Offenbarungen besetzten Oasenorten jetzt der beugneten zu sein. „Väterchen“, so lautet die Offenbarung, habe denn deutschen Kaiser seinen ganz besonderen persönlichen Dank für die Vernichtung des Schweizer Völkchens ausgesprochen; mit derselben sei ihm, dem Väterchen, und seinem Lande — Auhland — ein unschätzbare Diensten geleistet. In diesem Punkte — Kampf gegen die Volksrechte — vermöge Bismarck heute mehr als der Jar. — Das stimmt. Weisheit ist, wie wir schon oft an-

geführt, heute die Zentralstelle der Reaktion.) Diese Frage bilde überhaupt das Band der Monarchien. (Das stimmt erst recht; was sind heute die Monarchien anderes als Versammlungen gegen die Kaiser?) Was Bismarck in dieser Hinsicht thut, werde immer beim Jaren auf dankbaren Boden fallen. (Selbstverständlich, und hoffentlich läßt der Jar mit den Beweisen seiner Erkenntlichkeit nicht lumpen.)

Sehr ehrenvoll für den Empfänger, dieser juristische Dank, nicht wahr? Aber die höchste Ehre kommt noch. Bei Verkündung der Vorgänge in den russischen Ostseeprovinzen, läßt Bismarck fort, soll sich der Kanzler in einem Sinne geäußert haben, welcher der den Klagen der österreichischen Deutschen gegenüber festgehaltenen Stellung durchaus entsprach und dem Jaren keinen Grund zu Einwänden gab.

Man bedenke: seit Jahren läßt Österreich in den russischen Ostseeprovinzen einen Vernichtungskrieg räuberischer Natur gegen die dortigen Deutschen führen, ihre Rechte von seinen Kreaturen in brutaler Weise mit Füßen treten, und der Kanzler des Deutschen Reiches, der Verkünder des prächtigen Wortes: „Wir Deutsche stützen Gott und sonst nichts auf der Welt“, hat über diesen Kampf gegen Deutsche sich in einem Sinne geäußert, der dem Veranstalter derselben „keinen Grund zu Einwänden gab“. Da Österreich nach seiner Anschauung unumschränkter Herrscher über sämtliche Angehörigen des russischen Reiches ist, der das Recht hat, sie, wenn es ihm paßt, wie tolle Hunde tödtlich lagern zu lassen, so kann man sich danach ausmalen, wie die Ansehungen des „Deutschen der Deutschen“ in diesem Falle geäußert haben. Schlingt sie nur todt, unsre Stammesgenossen in Deinem Reich, wenn es Dich gelüftet, wir werden seinen Pflichten nach ihnen fragen“, dies die einzige Besart, auf die der Jar aller Menschen keinen Grund zu Einwänden hat.

Wollt in Demuth nieder, Deutsche, und betet ihn an, euren Kanzler, er ist wahrhaft groß, pyramidal groß — so riesengroß, daß er nur Reiche sieht, große Staaten und ihre „Interessenphären“, aber von seiner Höhe herab nichts sieht von dem Gewürm, das am Boden herumkriecht und sich Menschen nennt.

— Unsere Leser werden sich der Verzweiflungsrevolte unter den politischen Strahlungen in Zukunft erinnern, aber die wir hier in unserm Blatt berichten. Diefelbe war durch die insame Behandlung der Strahlige herbeigeführt und hatte u. A. die Abschichtung — anders kann man es nicht nennen — mehrerer der unglücklichsten Opfer der schändlichsten aller Despoten durch die aufgeschichteten Gendarmen zur Folge. Die Lebenden wurden bis zur Aushärtung in den Kerker geworfen.

Diefelbe ist, wie man uns mitteilt, inzwischen erfolgt. Die Gefährlichsten — denn von „Führern“ konnte da keine Rede sein, — sind zum Tode verurteilt worden, die andern werden das Besondere, ein Augenblick als Menschen gefühlt zu haben, mit ewigen Vergewaltigungen in den Bergwerken oder den Zentralgefängnissen zu büßen haben.

Ob sie besser daran sein werden? Wir wollen es in ihrem Interesse hoffen, so wenig wir es annehmen berechtigt sind.

Son den zum Tode Verurtheilten hat, soweit Nachrichten vorliegen, bereits einer sein Leben auf dem Schaffot ausgehaucht. Es ist dies der Revolutionär Bernstein-Rosen.

Wir werden in nächster Nummer in der Lage sein, unsern Lesern eingehenden Bericht geben zu können, für heute wollen wir nur unserer tiefsten Sympathie für diese neuen Opfer des janzischen Gewaltregiments Ausdruck geben und damit dem Wunsch, daß der Tag bald herbeireden möge, wo all das vergessene Blut, all das vernichtete Lebensglück gesäubert und das Ziel endlich erreicht werde, für welches Tausende und Abertausende der besten Söhne Russlands heldenmüthig ihr Leben hingegeben haben: Ein Rußland ohne den Fluch des janzischen Absolutismus.

Röge aus den Gehäusen der Ermordeten ihnen ein Rächer erstehen!

— In Bezug auf den schwäbischen „Attentäter“ ist nun festsichtigt, daß er Martin Müller heißt, aus Oettingen kommend, der Sohn eines wohlhabenden Fabrikanten und — wahrhaftig! — mit dem Verlaß, sein Arentat politisch zu kräftigen, ist es also nicht. Das ist jedoch kein Grund, diesen Versuch nicht energisch zu brandmarken, und insbesondere die Thatsache anzunehmen, daß das Berliner oberste Wolff'sche Telegraphenbureau es war, das sofort nach Eintreffen der Nachricht vom Attentat das „Bericht“ zu melden wollte, der Attentäter sei Anarchist und habe Mordanschläge. Die Fänge in dieser Form anzupacken, dürfte es nicht wagen, da auch in Stuttgart „Bismarck nur ein Feind“ hat, aber wie die Rüge das Maul nicht läßt, so wurde wenigstens telegraphisch „Stimmung gemacht“, die jedoch nicht Stand hielt. Selbst das, im gleichen Sinne abgefaßte „Beitragstelegramm“ Bismarcks hat seinen Zweck gründlich verfehlt.

Indem wir das erbärmliche Manöver bloßlegen und seinem Urheber der verdienten Verachtung aller ansässigen Menschen übergeben, erinnern wir uns an das amtliche Telegramm desselben Wolff'schen Telegraphenbureaus am Abend nach dem Attentat Koblenz, wonach Koblenz, bei der gerichtlichen Vernehmung bekannt haben sollte, „sozialistischen Tendenzen zu hegen“, „sozialistischen Verammlungen in Berlin begehoben zu haben“ u. c. z., was sich später als von A bis Z gefälscht herausgestellt hat.

Fälschung und Betrug, das sind die Mittel, durch die das herrschende System sich am Ruder zu erhalten und seine Zwecke zu verwirklichen sucht, und die Mittel sind der Zwecke durchaus würdig, der Zwecke und der Anwender, es gibt für sie nur ein Wort: infam!

— Es ist fast trivial geworden, heutzutage noch wider den Krieg zu schreiben, und doch! jedesmal wenn wir auf militärische Abhandlungen, auf Notizen über die heutige Kriegsführung und ihre Erfordernisse stoßen, und die ganze Nothwendigkeit, die mit derselben verbunden ist, vor unser geistiges Auge tritt, drückt es uns immer wieder die Feder in die Hand, gegen diese barbarische, aber mit dem ganzen Raffinement der modernen Technik zur höchsten Entwicklung getriebene Einrichtung im Rahmen einer edleren Kultur Protz zu erheben. Da schreibt z. B. ein „Friedmann“ im „Hamburger Korrespondenten“ über die Einwirkung des rauchfreien und schwach knallenden Pulvers auf die moderne Kriegsführung u. c. z.

Es bedarf kaum der Erörterung, daß durch die Einführung eines Pulvers, welches beim Schusse nur ein schwaches blaues — beim Gewehr auf kleiner, beim Geschütz auf mittlerer Distanz — kaum sichtbar werdendes Wölken ergibt, erst die volle Ausnutzung der vernichtenden Kraft möglich wird, die in der neuen, schmalbrüstigen Negulirungsmasse liegt. Das bisherige Pulver, das wir Schwarzpulver nennen wollen, ließ bei Schußfeuer und erst recht bei Magazinfener vor der eigenen Front, sowie derjenigen des Gegners, eine dicke Rauchwand entstehen. Sie hinderte diese daran, den Gegner selbst auf's Korn zu nehmen, in sehr vielen Fällen mußte die feindliche Rauchwand als Ziel benutzt und danach getrebt werden, den Raum hinter derselben mit Bleimassen zu überschütten, vorausgesetzt, daß der Rauch vor der eigenen Front überhaupt ein Durchsehen gestattete. Ein solches Ziel war in solchen Augenblicken ausgeschlossen. Bei dem rauchlosen Pulver fällt dieser große Uebelstand fort, der Gegner selbst kann und muß das Zielobjekt bilden, denn auch er läßt das rauchlose Pulver. Diese Möglichkeit, auf den Gegner selbst zu zielen, ist um so wertvoller, als das rauchlose Pulver dem besonders konträrten Geschosse des Heinaltbrüderigen Repetiergewehrs eine sehr bedeutende Ansehungsstärke und die im Verein mit der großen Durchschlagskraft des langen und dünnen Geschosses der Flugbahn besitzende eine sehr große Range verleiht, beide aber eine enorm vergrößerte Treffsicherheit garantieren und das Magazin den Feind in einzelnen Momenten mit Bleimassen geradezu zu überschütten gestattet.

Das alles klingt so einleuchtend, fast selbstverständlich, und doch, welche Brutalität liegt in dieser Darlegung, in der stillen Ruhe, mit der die „Vorzüge“ des neuen Materials angeführt werden, die alle darin glänzen, noch mehr Opfer als bisher dem „Feind“, und da dieser natürlich zurückzuckt, dem eignen Heer zu verurtheilen. An diese Opfer denkt der Fachmann nicht oder doch nur im rein technischen Sinne, sie sind für ihn nicht Menschen, sondern Sachen, er freut sich, daß die neue Waffe das „auf's Korn nehmen“ des Gegners in größerem Maße gestattet, wie etwa ein Mechaniker sich freut, wenn eine neue Einrichtung

an der Drehbank noch eine größere Präzision im Herstellen von Werkzeuigen ermöglicht. Das es sich dort um todes Material, hier aber um Menschen handelt, was verfährt? Die Hauptsache ist, daß die vernichtende Kraft der neuen Waffe voll ausgenutzt wird. Und nun stellt man sich vor, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden heute immer noch in der Hand einiger weniger „Gottesgnaden“, Menschen und ihrer Handlanger oder auch — je nachdem — Gambiführer liegt. Ein Wechsel in Bismarcks Raume, eine Tümpel des neuen Allen Frigen oder ein, Bismarck notwendig erscheinender „Schwanz“, um einen Gegner anzurufen und — Sündertausende, die einander bisher als Nützlichsten achteten oder doch kleinerer Haß gegen einander empfanden, müssen mit einem Mal pflichtgemäß einander „auf's Korn nehmen“, und je mehr Tode und Verwundete es gibt, um so glücklicher der Wassergang.

Es ist so unheimlich, so haarträubend wiederständig, daß man sich immer wieder fragt, wie ist es möglich, daß Menschen im 19. Jahrhundert solches auch nur einen Tag dulden? Aber dulden sie nicht noch vieles, nicht minder Widerwärtige? Dulden sie nicht, daß eine Handvoll Spitzhüben oder Abkümmlinge von Spitzhüben über den größten Theil des Grund und Bodens frei verfügen, auf dessen Produkte die Menschheit angewiesen ist, würden sie es nicht auch ruhig dulden, wenn es zum Glück nicht unmöglich wäre, daß diese sogar das Licht der Sonne zu ihrem Privatbesitz machen? Schmeißt sie sich ruhig scheeren lassen, lassen sich auch geduldet zur Schladbank führen. Seit wenn der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gemacht wird auch die letzte Stunde des Militarismus geschlagen haben. Nur die folgende Sozialdemokratie wird dem Barbarismus der Kriege ein Ende machen.

xyz. Ist kein Dallberg da?, hieß es früher bei Fürstenzusammenkünften, wenn sie eine Kaiserwahl oder sonst etwas Wichtiges vornehmen sollten. Wenn Heute derartige Zusammenkünfte stattfinden, dann sollte die Frage lauten: Ist kein Ackermann da? Kein Ackermann, der dem darniederliegenden Fürstenthum wieder aufhelfen möchte? Es steht wirklich schlecht um das Geschäft. Der „Sozialdemokrat“ hat sich schon früher mit diesem brennenden Nothstande beschäftigt, und auf die Verträge verschiedener deutschen Fürsten, sich als Agitatoren ihre bedrohte Existenz zu sichern, hingewiesen. Heute haben wir noch einen auffälligeren Vorgang zu melden, der in der ganzen Fürstenzunft das größte Aufsehen erregt und die größte Aufregung hervorgebracht hat. Die Märsch kommt aus Oesterreich — dem Lande, aus welchem vorigen Winter bereits eine gar keltame, schier ungläubliche Fürstenmäre kam: daß der Sohn und Erbe des Kaisers durch Selbstmord seiner kaiserlichen Märe ein Ende gemacht hat. Der nämlichen Familie, aus der jener Selbstmörder hervorgegangen, gehört auch der Held der neuesten Fürstenmäre an: ein wirklicher Erzherzog aus dem Habsburger Geschlecht, wie jener Selbstmörder ein wirklicher Kaiserthronfolger aus dem Dababurger Geschlecht war. Erzherzog Johann heißt er — mit noch zahlreichen Vornamen, die wir aber dem Leser ersparen wollen, der jedenfalls mit einem Namen genug hat. Also Erzherzog Johann, der vor zwei Jahren bereits seine Ehrenoffiziersstelle in der Armee niedergelegt hatte, weil ihm der Kriegsdienst zu gefällig war und der ganze Militarismus als Barbarei erschien, hat jetzt den Entschluß gefaßt, seinen Erzherzograng und seine Prinzen-Apanage nebst dem gesamten Fürstenthum an den Nagel zu hängen und sich durch eheliche Arbeit sein Brod zu verdienen. Welchen Beruf er sich erwählt hat, wissen wir noch nicht. Nach einigen Zeitungen will er Schiffskapitän auf einem Raufforschiff werden, und er soll zu diesem Beruf schon ein glänzendes Marine-Diplom gemacht haben. Unter allen Umständen können wir seinem edel revolutionären Entschluß nur unseren Beifall zollen. Der Erzherzog, jetzt Bürger Johann Habsburg ist offenbar ein Mann, der etwas gelernt und den Geist der Neuzeit begriffen hat. Und unweifelhaft ein geschickter Mann, der Augen hat, um die überall in dem Fürstenthum aufsteigenden Faulnisblößen zu sehen, und Ohren, um das Lachen des Lohndürstenden zu hören, der all diese moriche, modrige, mit lächelndem Barpaß besetzte Herrlichkeit durchwühlt und zernagt.

Der groteske Widerspruch, in welchem sich ein Jahrhundert nach der französischen Revolution das sogenannte monarchische Prinzip mit der Logik der Thatsachen und dem geunden Menschenverstand befindet, muß dem blödesten Hirn aufdämmern, und da auch die auf und an Thronen geborenen Menschen ein Hirn haben so gut wie andere Leute, so muß auch bei ihnen sich dieser Widerspruch geltend machen. Und er thut es in doppelter Form, nach zwei entgegengesetzten Richtungen hin. Die geistig mangelhafte Veranlagung stimmen sich gegen die Logik der Thatsachen und verfallen dem Jazaren-Wahninn, indem sie mit dem geunden Menschenverstand brechen. Die geistig besser Veranlagten beargwöhnen die Logik der Thatsachen, und werden sich, wie das der geunde Menschenverstand erhellt, voller Ekel von dem tollsten Nunnenschon ab. Für beide Wirkungen haben wir Beispiele. Der Jazarenwahninn ist natürlich, da die monarchische Herrlichkeit der Entwicklung des Hirns nicht gerade förderlich ist, weit verbreiteter als die revolutionäre Lebensliebe, die sich vor den Thatsachen beugt und dem geunden Menschenverstand sein Recht gibt. Um so bemerkenswerther erscheinen daher die Männer, die das Unglück, als Fürsten geboren zu werden, so muthig und tapfer überwinden haben. Ein Prinz Theodor von Bayern, der Arzt wird und die Leiden seiner Mitmenschen heilt oder doch mildert, ein Erzherzog Johann, der als plebeischer Schiffskapitän der Welt zu dienen und sich durch Ehrliche und vor allem nützliche Arbeit sein Brod erwerben sucht, sind unserer vollen Anerkennung werth. Und wenn Dom Pedro von Brasilien, der uns von wohlunterrichteter Seite als eine durchaus anständige Persönlichkeit bezeichnet wird, aus seinen pessimistischen Ansichten über die Zukunft der Monarchien die praktische Anwendung zieht und der Frage: Republik oder Monarchie wirklich so kühl gegenübersteht, wie er gelost hat, dann wird er wohl höchstens seine Brasilianer darüber abstimmen lassen, ob sie die Monarchie vorläufig noch für ein notwendiges Uebel halten oder nicht. Sicherlich wird er dann ein besseres Ende nehmen als der unglückliche Kronprinz Rudolf von Oesterreich, der zwar Verstand genug hatte, das Unnatürliche seiner Stellung zu erkennen, aber nicht Willenskraft genug, um sie mit einem nützlichen Lebensberuf zu vertauschen, und der dem unlösbar gewordenen Konflikt zwischen äußerem und innerem Beruf durch den Revolver ein tragisches Ende machte.

Uebrigens läßt sich aus der Weltgeschichte sehr leicht der Beweis erbringen, daß alle Fürsten, die etwas langten, auf ihre fürstliche Würde einen geringen Werth legten. Julian der Abtrünnige (Julianus Apostata), der heile der römischen, und Friedrich der Zweite (Hohenstaufen) und Karl der Fünfte, die besten der deutschen Kaiser, hatten für den fürstlichen Nummernschanz eine souveräne Verachtung, und sogar der „alte Fritz“ kam trotz seines Hohenstaufen-Schändels zu der Erkenntnis, daß er nur als Beamter des Volks ein Recht zu sein hatte.

Nun gehören wir freilich nicht zu den „phantastischen“ Optimisten, welche den Durchschnittsverstand auf und an den Thronen so hoch schätzen, daß sie eine freiwillige Abdankung der Monarchie im Bereich der Möglichkeit glauben — immerhin aber ist es ein bedeutungsvolles Zeichen der Zeit, daß die verständigeren Fürsten sich christlichem Erwerb zuwenden beginnen, während die andern sich die erdenklichste Mühe geben, den unvermeidlichen Trach des fürstlichen Geschäfts zu beschleunigen.

Und auch die Letzteren haben somit ein Recht auf unsere Anerkennung.

— Die anarchische „Revolte“ nimmt in ihrer jüngsten Nummer von der in unserm Blatt (Nr. 41) geführten Kontroverse über die Stellung von Anarchisten und Sozialisten zu einander Notiz. Ob aus Versehen oder aus welchen Gründen immer, bleibe dahingestellt, genug, in dem Sag, den sie aus unseren Darlegungen zitiert: „es ist durchaus unwichtig, daß der Streit zwischen Anarchisten und Sozialisten im Wesentlichen nur ein Streit um die Zukunft ist, lediglich um die Frage, wie die „Wildsau“, wenn erlegt, zubereitet werden soll. Der würde uns allerdings sehr kühl lassen. Die anarchische Doktrin bezieht sich vielmehr zugleich auf die Gegenwart.“

Es hat hier durch den Druck hervorgehobene „nur“ fortgelassen, und ferner das „zugleich“ falsch mit precisement = grade überlegt, so

daß der Eindruck hervorgehoben wird, als hätten wir den prinzipiellen Gegensatz zwischen Anarchismus und Sozialismus über den tatsächlichen nicht entschieden genug betont. Und so schreibt denn die „Revolte“:

„Wir müssen dem „Sozialdemokrat“ wiederholen, daß es nicht nur eine Frage der Taktik ist, die uns von den (französischen oder deutschen) Kollektiven trennt, sondern mehr noch eine Frage der Prinzipien, aus denen notwendigerweise eine verschiedene Taktik und Verhaltensrichtsinn sich ergeben.“

Das ist, wie man sieht, genau dasselbe, was wir wiederholt angeführt, und ebenso fällt es der „Revolte“ nicht ein, sich gegen unsere Bemerkung, daß der Anarchist den Sozialist in seiner Ansehungsrichtung wo er nur kann, zu tödren, ja zu schädigen sucht — obwohl sie ihn gepörrt zitiert — auch nur mit einer Silbe zu verwehren.

Wir konstatiren das, um zu zeigen, daß, indem wir den Gegensatz zwischen Anarchismus und Sozialismus betonen, wir Ersterem viel mehr gerecht werden als diejenige, die, wenn auch in bester Absicht, diesen Gegensatz durch Scheingründe verzerrt zu haben.

Bezeichnen thut die „Revolte“ sich nur über unsere Behauptung, daß die anarchische Doktrin metaphysischen Ursprungs sein. Der Anarchismus wolle doch, unter Verhätzung aller menschlichen Schwächen und aller verschiedenen Neigungen und Gesinnungsrichtungen eine Gesellschaft begründen, in der alle verschiedenen Neigungen und Gesinnungsrichtungen, statt bekämpft gegen einander zu prägen, ein harmonisches Ganze bilden.“ Könnte es „Materialistisches, ja, besser noch, Positivistisches geben?“

Wir behaupten, die Frage bejahen zu müssen. Diese schöne Gesellschaft, die doch zunächst selbst aus dem Stoff konstruirt, also ein metaphysisches Gebilde ist, will der Anarchist nicht dadurch herbeischaffen, daß er die materielle Grundlage der alten Gesellschaftsordnung, die Produktionsweise, von Grund aus ändert, sondern durch formale Reaktionen der Gesetzgebung, bezw. Aufhebung aller Gesetze, was gleichfalls durchaus metaphysisch gedacht ist. So verkannt ist er in diese Metaphysik, daß er sich einbildet, die Wirkungen des wirtschaftlichen Konfliktkampfes dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß er die Konfliktkampfs erst recht frei gibt. Er proklamirt das absolute Recht des Sonderinteresses, und bildet sich ein, dasselbe werde die absolute Harmonie zur Folge haben. Ein Irrthum, den die bürgerliche Ideologie des vorigen Jahrhunderts und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts auch geübt hat, der aber an den Klippen der Wirklichkeit jämählich Schiffbruch gelitten.

Der Sozialist bekämpft die heutige Produktionsweise in der Erkenntnis, daß sie in letzter Instanz die Quelle aller gesellschaftlichen Mißstände ist. Er sucht ihr eine höhere Form zu geben, indem er die Produktionsordnung dem Charakter der Produktionsmittel und der Produktionsart entsprechend umgestaltet, d. h. wie diese — gesellschaftlich. Indem er dies thut, schafft er die Vorbedingung einer Revolution der gesamten Gesellschaftsordnung. Der Privatunternehmer verwindet und mit ihm die Ausbeutung der Arbeiterklasse überhaupt. Klassenherrschaft und Klassenungleichheit hören auf. Jedes Hinderniß der Weiterentwicklung der Gesellschaft im Sinne der höchstmöglichen Freiheit und Gleichheit ist aus dem Wege geräumt. Wie sich diese Entwicklung vollziehen wird, darüber der kommenden Zeit Vorarbeiten zu machen, wie dies der Anarchist thut, ist der Sozialist nicht autoritär genug. Er sagt ihr nicht, du darfst keine Gesetze haben, du darfst keinen Staat bilden, sondern er überläßt es ihr, ihren Selbstkräften entsprechende Einrichtungen zu schaffen. Das Gegenstück der Anarchismus, er ist absolut, und der philosophische Absolutismus ist die höchste — Metaphysik.

— Die deutschen Arbeiter gehen bereits vielfach daran, in die Agitation für den Achtstundentag einzutreten. Nachdem vor kurzem Berliner Schuhmacher in dieser Hinsicht Beispiel gesetzt, sind ihnen in voriger Woche Mailer, Kupferer und Lackier Berlin gefolgt und haben in öffentlicher Versammlung folgende Resolution gefaßt:

„In Erwägung, daß die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe in stetem Wachsen begriffen ist, daß dadurch die Löhne, Körperpflege, geistige Ausbildung und Erfindungen vermindert werden und wir daher einer wirthschaftlichen und politischen Entfremdung entgegengehen, daß unter den bestehenden krankhaften Zuständen die Streiks viele Opfer an Geld und Freiheit kosten; in fernerer Erwägung, daß ein gesetzlich eingeführter Achtstundentag die krankhaften Zustände einigermassen beseitigen würde, macht die Verammlung die Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris zu den ihrigen und beschließt, den 1. Mai 1886 als Arbeitstag zu erklären. Zur Erlangung des achtstündigen Arbeitstages werden die Teilnehmer der Verammlung dafür agitiren, bei der Reichstagswahl nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche voll und ganz für den Achtstundentag und Arbeitergesetzgebung eingetreten. Ferner beschließt die Verammlung, auf Kongressen für den Achtstundentag einzutreten, Streiks in kleinen Städten nur dann zu unterstützen, wenn sie die Arbeitszeit mindestens um eine Stunde zu vermindern bezwecken, sowie dahin zu wirken, daß jeder Berufsgegenstand der Vereintigung werde.“

Es steht zu erwarten, daß dieses Beispiel vielfach Nachfolge finden und die deutschen Arbeiter auch in dieser Bewegung hinter ihren Brüdern in andern Ländern nicht zurückbleiben werden.

— Der Berner „Sozialdemokrat“ findet in der Monatschrift der deutschen Bodenreform „Frei Land“ folgende, wie er schreibt, „ältere, aber darum nicht weniger interessante Notiz“:

„Dagen, 18. Juli. Auf dem am Sonntag abgehaltenen großen Verhandlungsfest der deutschen Gewerksvereine aus der Grafschaft Markt hielt Dr. Wehburg (Bodenreform) eine Rede, die (wie die „Dagener Zeitung“ bemerkt) meisterhaft durchgeführt wurde. Unter dem brandenden Beifall der an 1500 Personen fassenden Verammlung proklamirte Redner die Loslösung der Arbeiter von den alten Parteien und den Zusammenfluß aller geistigen und körperlichen Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen unter dem Banner einer deutschen nationalen Arbeiter- und Reformpartei auf Grund der Bodenreform und in Treue zu Kaiser und Reich.“

Wir fürchten, bemerkt dazu trocken unser Schweizerischer Kollege, „sowohl die Bodenreform als auch die Treue zu Kaiser und Reich in dem Sinne, wie sie heute in Deutschland politisch verstanden wird, dürfte den Deuten bald vergehen, wenn sie einmal anfangen, selbstständig für ihre Interessen politisch zu wirken. Die Polizei wird schon dafür sorgen.“

Sehr richtig. Die Polizei betrachtet die Bodenreform der Herren Fürstlichen und Genossen als eine harmlose Spielerei und das mit Recht. Um eine ernsthafte Bodenreform, losgelöst von dem Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt, zu Stande zu bringen, ist die Entwicklung des letzteren in Deutschland viel zu weit vorgeschritten. Und wenn sie noch so heftig mit einander raufen, werden Kapitalismus und Agrarierthum doch nie dulden, daß dem Einen von Beiden wirklich an den Krügen gegangen wird; dazu sind sie sich der Solidarität ihrer Interessen viel zu sehr bewußt. Kapitalismus, Agrarierthum und „Kaiser und Reich“ gehören zusammen und müssen zusammen bekämpft werden. Nur die systematisch zur Bekämpfung der erzeugten Gewerksvereinskonfusionskräfte oder Ideologen vom Schlage eines Fürstlichen, können sich darüber täuschen — gute Leute aber schlechte Musikanten, denen indes, sobald sie Ernst zu machen verlangen, die Polizei, wie gelost, schon die „Blödenne“ beibringen wird.

— Die alte und doch ewig neue Geschichte. Zwei recht charakteristische Notizen, Vorfälle aus dem täglichen Leben betreffend, stellt die Züricher „Arbeiterstimme“ gegenüber.

Das erste ist ein „Eingekauft“ der katholischen „Arbeiterpost“ und lautet:

„Welche Galle in der Schweiz. In den Zeitungen lesen wir Folgendes: „In der Presse machen Kaufleuten erregende Enthüllungen über die Genußgesellschaft die Ambe. Diefelbe hat seit 10—12 Proz. Dividende vertheilt, so daß die Aktien von 500 Frs. letzten Juni auf 1285 Frs. gestiegen waren. Es fand ein großer Bestwechsell statt, an welchem Direktoren und Verwaltungsrath sich mit großen Worten betheiligten, will wohl sagen loslöschten, denn die Aktien sind seither auf 700 Frs. gesunken, so daß die Kursdifferenz des ganzen Aktienkapitals zwischen Juni und September 15 Millionen Frs.“

Beträgt. Die Bank soll ihren Grund zum Teil im gegenwärtigen ge-
steigerten Zinsfuß, hauptsächlich aber darin haben, daß die ausgedehnten
amerikanischen Aktien in Folge der enormen Konkurrenz unter dem
Selbstkostenpreise verkauft wurden.

Man ist nun zu der Frage berechtigt: Wählten die Spitzen der Ge-
sellschaft um die Entwertung der Aktien, bevor sie sich derselben massen-
haft entäußerten? Wenn ja, wie nennt man eine solche Handlung, wodurch
Leute, die von den Verhältnissen noch keine Ahnung haben, um einen
großen Teil ihres Vermögens geprellt werden? Wahrscheinlich
„Geschäftstaktik“. Wir aber legen zu einem solchen Wanderver anderen
fragen: Gibt es denn im Kriminalstrafgesetz noch keinen Paragraphen,
der solche Handlungen bestraft, wie sie es verdienen? Wenn nicht, so
würde es höchste Zeit, daß auch dieses Gesetz bereinigt würde, und
dann auch Arbeiter bei der Revision mitwirken würden, nicht nur
reine Herren.

Die zweite Notiz ist Glarner Wäldern entnommen und erzählt von
einem Fabrikarbeiter, der beirathet und Vater von drei Kindern,
der trotz notorischer fleißiger Arbeit und Sparlichkeit in Folge widriger
Umstände Verluste bei Schulden x. in Schulden und Noth gerieth,
so daß er schließlich mit seiner Familie und Hausrath den Kanton ver-
ließ und in Wigoltingen (Kanton Zürich) lobenswerthe Arbeit nahm. Zu-
zwischen aber melbeten sich die Gläubiger an seinem bisherigen Wohn-
ort, ließen Konten eröffnen und leiteten Klage ein wegen betrügeri-
schen Bankrotts. Der Arbeiter wurde gefänglich eingezogen und
gestand im Verhör, daß er und seine Frau, um sich und ihren Hausrath
den Gläubigern zu entziehen, den Kanton verlassen hätten. Daraufhin
wurde er des betrügerischen Bankrotts schuldig, zu vier
Wochen Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft als
„wohlverdiente Strafe“ und Tragung aller Kosten verur-
theilt. Der den Gläubigern zugesagte Schaden belief sich auf unge-
fähr 180 Franken.

Als „betrügerischer Bankrotteur“ ist der Mann natürlich von jetzt ab
der bürgerlichen Ehre verlustig, sozialagen ein Ausgestoßener. Die
Augen-„Schulden“ von der „Glarner Milchkompanie“ aber sind „Uhren-
männer“ und jeder Bürgerverein wird sich glücklich schätzen, sie zu seinen
Mitgliedern zu zählen, und so weit sie es nicht schon sind, können sie
jeden Tag zu den höchsten Ämtern in Gemeinde, Kanton oder, wenn's
ihnen gelüftet, auch in Bund gewählt werden.

Es ist eine alte, sehr alte Geschichte, daß sie wird sich immer und
immer wiederholen, so lange die herrliche, die beste aller denkbaren Ge-
sellschaftsordnungen dauert, deren Segnungen wir verlebendeten Sozial-
demokraten durchaus nicht begreifen wollen.

— **Gefinnungslosigkeit.** Wie aus dem an anderer Stelle ver-
öffentlichten Pariser Brief hervorgeht, ist der Anarchist Faure, der auf dem
Internationalen Pariser Kongress so sittenrein gegen den fortrumpfenden
Einfluß des Parlamentarismus donierte, Mitarbeiter der „Revue“
„Gallie“, desselben Blattes, aus dem G. Deville, Jules Guesde, Paul
Lafargue, Bailant x. austraten, weil der Besitzer in seiner Druckerei
Severinen beschäftigte, die er — worauf es ankam — unter
dem allgemeinen Buchdruckerlohn ablohte, und da er sich weigerte, in dieser
Hinsicht eine Abänderung zu schaffen. Was die „parlamentarischen“ So-
zialisten mit ihrer Eigenschaft als Vertreter der Arbeiter-Interessen un-
vereinbar erachteten, das belästigt das Gewissen des Herrn Faure nicht
Geringsten: er leibt seine Feder ruhig einem Lohnbrüder.

Was immer er zur Verbesserung dieser Handlungsweise anführen
mag, sie ist ein Kompromiß viel schamlicherer Art als irgend ein
Kompromiß, der je von Arbeitervertretern im Parlament abgeschlossen
worden.

— **Ein Verhörsprozess wie in — Deutschland.** Die Wiener „Arb-
Ntz.“ hat neulich einen sehr interessanten Verhörsprozess gehabt. Ihre
Nr. 6 war konfiszirt worden und die Herausgeber hatten in Folge dessen,
wie bisher in allen solchen Fällen, eine zweite Auflage mit Beifügung
der beanstandeten Stellen veranstaltet. Da jedoch etwas bisher Un-
gewohntes, die Polizei konfiszirte auch diese zweite Auflage und zwar
unter dem Vorwand, die „Arbeiter-Zeitung“ erweise nach offizieller
Erklärung nur zweimal monatlich. Diese zweite Auflage der Nr. 6 sei,
da schon ein Teil der ersten verkauft gewesen, eine neue Nummer, so-
mit die dritte im Monat (September), damit sie nach dem Preß-
gesetz Kautionspflicht eingetretten, und der Preßbehörde hätte Anzeige
gemacht werden müssen. Da dies unterblieben, sei die Nummer zu kon-
fiszieren und die Herausgeber wegen Vergehens gegen § 8 und § 10
und 11 des Preßgesetzes zu bestrafen.

Die Genossen Bopp, Polorum und Brechtmeister erhoben Einspruch,
sie wurden am 11. Oktober vor Gericht stellt und — verurtheilt.
Wunderbar ist die Begründung dieses Erkenntnisses. Es sei richtig,
meinte der Richter, daß seit Verkünden des Preßgesetzes dasselbe noch
nie in diesem Sinne ausgelegt worden sei. Daraus komme es
inwiefern auch gar nicht an. Der Staatsbehörde und ihren Organen
bleibe es überlassen, in einem Fall in dieser Richtung einzuschreiten,
im andern dies zu unterlassen. Sobald dieselbe aber
ihntätlich einschreite, habe der Richter nur der Rechtsanbahnung Aus-
druck zu versehen. Die Rechtsanbahnung sei aber, daß die Polizei Recht
habe u. f. w. u. f. w.

Treffend freilich: daß die „Arbeiter-Zeitung“:
„Diesen Satz (i. d.: der Staatsgenoss...) zu unterlassen) möchten wir
mit großen Letzern, es müssen nicht gerade goldene Letzern sein, an
jedem Amtshaus schreiben, in welchem österreichische Gelege von öster-
reichischen Beamten gehandhabt werden. Ohne ihn sind österreichische
Verhältnisse, ist die österreichische Politik gar nicht zu verstehen.“

Der Staatsbehörde, nicht etwa dem Richter, bleibt es überlassen, zu
entscheiden, ob ein Artikel unter die berühmten §§ 900, 902 und 903
falle, ob er in Bräun mit ihnen kollidire und in Wien nicht oder un-
gesehen, ob derselbe Artikel heute ein Vergehen begründe, ob vielleicht
morgen nicht, ob er in dem einem Blatte konfiszirt werden müsse, in
dem andern nicht.

Aber das sind komplizierte Begriffsbestimmungen und es ist bezeichnend,
daß selbst der strenge Staatsanwalt nicht heute vergossen haben kann,
was seinen keine Meinung war. Was soll man aber sagen, wenn der
Staatsanwalt vom 23. August 1889 bis zum 13. September desselben
Jahres seine Meinung darüber ändert, was es bedeute: „Die Nummer
ist erschienen“. Nr. 4 der „Arbeiter-Zeitung“ wurde konfiszirt, ebenfalls
erst nachdem einige hundert Exemplare ausgegeben waren; anstandslos
werden die beanstandeten Stellen bekannt gegeben, anstandslos erscheint
die zweite Auflage mit entsprechend geändertem Texte. Erste
und zweite Auflage zusammen auch in den Augen des Staatsanwalts
nur eine erschienene Nummer. Zwanzig Tage später, bei Konfiskation
der Nr. 6, hat er die entgegengetretene Ansicht, er gibt die Stellen nicht
bekannt und erklärt die zweite Auflage für eine besondere Nummer.

Wir sind viel zu eilige Oesterreicher, um nicht genau zu wissen, daß
es „opportunist“ gewesen wäre, die Sache gehen zu lassen. Wir
wissen ganz genau, daß vielleicht schon bei der nächsten Konfiskation der
Herr Staatsanwalt wieder zu seiner gewöhnlichen Auffassung zurück-
gekehrt wäre und anstandslos die zweite Auflage zugelassen hätte. Wir
haben aber nicht die geringste Lust, das Erscheinen unseres Blattes dem
Wohlfühlen oder der Gemüthlichkeit irgend eines Staats-
anwalts zu verbanken. Wir haben gewünscht, daß wir ein Recht
darauf haben, darum haben wir die zweite Auflage erscheinen lassen,
darum haben wir die prinzipielle Entscheidung provoziert, zu
weshalb das Gericht nicht da ist, wie Herr Anwalt v. Hensler aller-
dings meint, zu der er sich aber trotzdem bequemen möchte. Daß diese
Entscheidung vorläufig gegen uns und gegen das Verharren des Staats-
anwalts in hunderten von Fällen ausgefallen ist, ändert an der Sache
Nichts. Wir werden sehen, was die zweite Instanz sagen wird. Und
es ist noch nicht sicher, daß auch das Appellgericht finden wird, es sei
eine Abscheulichkeit, daß man die Nummer und dann nicht als erschienen
erklären dürfte, wenn statt 6000 Exemplaren nur 5000 ausgegeben
seien. So wenig wie der Verleger gehindert werden kann, beim Be-
ginn des Druckes des zweiten Hunderts etwa eine eben eingetroffene
Nachricht hineinzusetzen oder eine als falsch konstatierte hinauszumerken,
ohne daß der weitere Teil der Auflage eine neue Nummer ist — so
wenig kann die durch eine Konfiskation notwendig gewordene Werbung
aus dem 600sten Exemplar eine neu erschienene Nummer machen.

Aber auf das Rechtliche lassen wir uns nicht ein; hier handelt es
sich um ein Prinzip. Und zwar nicht um Prinzipienerei, sondern
darum, daß Jedermann, der unsere Gesetze für sich hält, auf ihrer
strengen Ausführung bestehen muß. Man muß die Behörden in

die Zwangsmühle bringen: entweder zu gestehen, daß das Preßgesetz wie
so viele andere unaufrührbar, oder daß es unerträglich ist.
Den gewöhnlichen Kompromiß zwischen Gesetz und gesundem Menschen-
verstand, den bei uns die „Gemüthlichkeit“ der Beamten vollzieht, haben
wir mehr als das schärfste Gesetz selbst. Sie ist es, die die Menschen
bei uns in einer ganz eigenartigen österreichischen Weise fortrumpft, die
jeden Fortschritt aufhält, weil die „Gemüthlichkeit“ das beste, aber auch
das schärfste Gesetz suspendirt und dadurch der Faulheit der Menschen
zu Hilfe kommt, indem sie sie das Absterben ertragen läßt, weil es nie
deutlich genug für sie ab absurdum gefühlt wird.

Gerade das „Gemüthliche“, „Schlamperei“, mit einem Worte: das
„Patriarchalische“ unserer Zustände macht sie so hoffnungslos.
Unsere Gesetzgebung als das, was sie ist, in ihrer ganzen Radikalität
vor der gesamten Bevölkerung hinstellen, halten wir für sehr dankens-
werth und soviel an uns liegt, werden wir selbst einige Tage Arrest
riskieren, daß es bei uns „den Staatsbehörden und ihren Organen über-
lassen bleibt, gelegentlich einer „Arbeiterzeitung“ gegenüber einzuschreiten
und das minder unangenehmen Zeitungen gegenüber zu unterlassen“.
Die Herren sollen sich zu ihren Handlungen bekennen und zu ihren
Gesetzen.

So unser Bruderorgan.
Wir können ihm nur zustimmen, so hoffnungslos wir auch seinen
Kampf mit der „Schlamperei“ halten. Dieses Moloch ist noch schwerer um-
zubringen als die Vernünftigen Hydra. Diese hatte doch Köpfe, die man
treffen konnte, wohin soll man aber bei ihm zielen? Da ist nichts
Solides, kein Kopf und kein Herz, kein Knochen und kein Blut —
Gallert, Gallert, nichts als Gallert. Hat es sich einmal wirklich zu-
sammengelesen, so daß es ansieht, als habe es feste Gestalt an-
genommen, so darf man sicher sein, daß es morgen wieder in seiner alten
Verfassung daliegt — eine träge Masse, überall im Wege und durch
nichts zu fassen. Wohl ist der Herrkules schon da, der ihm eines Tages
den Garauß machen wird, aber noch ist er nicht stark genug — er muß
selbst erst noch wachsen. Um so anerkannterwerther, wenn unsere Ge-
nossten, die dies so gut wissen wie wir, wenigstens der Bestie durch un-
ablässige Angriffe die ihr so angenehme „Nub“ ranben.

Der strebame Richter aber, Dr. v. Häusler, sollte nach Deutschland
übersehen. Er hat Talent zum — Reichsgerichtsrath.

— **Organisation und Arbeitslohn.** Der neueste Jahresbericht
des Arbeitsstatistikbureaus des Staates New-York ist
der Untersuchung der Frage gewidmet: Sind die Arbeitslöhne,
verglichen mit denen von 1883, in den letzten fünf Jahren gestiegen
oder gesunken, und wenn das Eine oder das Andere: aus
welchen Ursachen? Insbesondere: wenn und wo die Arbeitslöhne
gestiegen, ob dieses Resultat dem Einflusse der Organisation zu-
zuschreiben ist.

Antworten auf die einschlägigen Fragen hat das Bureau erlangt: von
14,160 Unternehmer-Firmen und von 425,489 Lohnarbeitern.
Für 118,628 von Letzteren wurden die Antworten durch deren resp.
Organisationen ertheilt, und es waren hierbei 11,005 Gewerks-
abteilungen und Unterabteilungen vertreten.

Die meisten Berichte, sowohl von Arbeitern und Arbeiterorganisationen,
als auch von Unternehmern konstataren eine Steigerung der
Löhne, viele der Letzteren mit dem für uns sehr werthvollen Zusatz,
daß die Waarenpreise in gleicher Zeit gesunken seien. Auf
die Frage nun, welchen Ursachen diese Lohnerböhung zuzuschreiben, ob
sie dem Einflusse der Organisation zu verdanken sei, haben nach
der „New-Yorker Volkszeitung“ 614 Organisationen Antwort ertheilt, und
von diesen „nicht weniger als 577 mit 92,209 Mitgliedern sich aus-
drücklich, und zum Theil mit äußerster Entschiedenheit, dahin aus-
gesprochen, daß sie eine stattgefundene Lohnerböhung dem Ein-
flusse der Organisation zuschreiben. Es befinden sich jedoch
unter diesen 577 Organisationen 136, welche keine Mitgliederzahl ange-
geben haben, weshalb anzunehmen ist, daß in Wirklichkeit mehr als
100,000 organisierte Arbeiter im Staate New-York die Er-
klärung abgegeben hat, daß Organisation die Ursache für das
in den letzten fünf Jahren erfolgte Steigen der Löhne sei.

Die „Volkszeitung“ fährt im Verfolg ihres Artikels einige dieser Aus-
künfte wörtlich an, und auch und erscheinen sie interessant genug, sie
unsere Lesern vorzuführen. Es ist dabei im Auge zu behalten, daß die
Ankunftsstellen nicht bloß einen allgemeinen Erfahrungssatz der
Arbeiterbewegung ausdrücken, sondern ihr Urtheil direkt auf die von
der eigenen Organisation während der letzten fünf Jahre geernteten
Vorteile beziehen.

- Hören wir also:
„Alle Vorteile, die wir genießen, verdanken wir der Organisation.“
(6 Organisationen; 1046 Mitglieder.)
„(Lohnerböhung.) Erlangte durch Organisation.“ (1; mit 300 Mitgl.)
„Ich schreibe die Erhöhung dem Bestehen unserer Organisation zu.“
(1; ohne Mitgliederzahl.)
„Unsere Organisation hat die Löhne erhöht.“ (4; mit 195 Mitgl.)
„Wir sind gewiß, es war durch unsere Organisation.“ (2; mit 67 Mitgl.)
„Wir danken der Organisation unsere Lohnerböhung.“ (4; mit 550 Mitgl.)
„Nachdem wir uns organisierten, stiegen die Löhne um 1—2 Doll. die
Woche.“ (1; mit 413 Mitgliedern.)
Andere der einschlägigen Antworten erklagen aus nachstehender Tonart:
„(Organisation) hemmt das fortwährende Sinken der Löhne.“ (2; mit
200 Mitgl.)
„Erhöhung der Löhne auf einer Standard-Rate.“ (1; ohne Mitgl.)
„Keine Lohnerböhung, aber eine Reduktion abgewehrt.“ (1; ohne Mitgl.)
„Bekämpfte weiteres Sinken der Löhne.“ (3; ohne Mitgliederzahl.)
„Eine Reduktion der Organisation folgt Lohnreduktion.“ (2; mit
42 Mitgliedern.)

Sind auch diese Angaben unzweifelhaft durch das jedem eifrigen Ge-
werkschaftler natürliche Verdröhen, den Augen der Organisation möglichst
hoch anzuschlagen, weil beeinflusst, so wäre es doch irrig, ihnen jede
Hunderttausend Arbeiter unterziehen sich nicht Olympe, welche die Auf-
rechterhaltung der Gewerkschaft ihnen auferlegt, bloß aus doktrinärem
Viehhäcker. Und soviel ist über, können die Gewerkschaften auch nur
bei glücklicher Lage des Arbeitsmarktes Befürzung der Arbeitsbedingungen
erzwingen, so ist ihr Augen als Abwehr gegen Verflechtungen
berieseln über jeden Zweifel festgesetzt — vorausgesetzt natürlich, daß
sie einen namhaften Bruchteil der Arbeiter ihres Gewerkes umfassen.

— **Ungarn.** Die „Budapester „Wochen-Chronik“, das
Organ der ungarländischen Allgemeinen Arbeiterpartei, erscheint seit
vier Wochen in vergrößertem Format, und einen in ihrer
letzten Nummer enthaltenen Aufruf entnehmen wir die Nachricht, daß
der alte Gader in der Partei ausgemerzt ist und, zur frischer
kräftig aufstrebender Jug in der Partei seinen Einzug gehalten hat.“ Und
in Bezug auf die Redaktion des Blattes hat ein Wechsel stattgefunden:
an Stelle des bisherigen Redakteurs Genosse A. Jhringer ist Genosse
Simon Stern getreten.

Wir beglücken die obige Meldung mit freudiger Genugthuung und
geben dem Wunsch Ausdruck, daß die nun vereinten Genossen von der
ungarländischen Arbeiterpartei alles umsetzen werden, den Schaden, den
der bisherige Konflikt, wie überhaupt die überhandnente Kräfte ihrer
Propaganda verursacht, in jeder Weise wiederzugewinnen. Zur Vereinhung
selbst aber und zur Vergrößerung ihres Organs unser herzlichstes
Glückwünsche!

Korrespondenzen.

— **Von der deutsch-schweizerischen Grenze.** Staatsre-
terei aus dem Amte Lörrach. Ich bin zwar Schweizer, aber
gerade aus diesem Grunde erlaube ich mir, als eifriger Leiter des „So-
zialdemokraten“, aus unserer Nachbarschaft über zwei Versammlungen,
denen ich beizuohnte, zu berichten. Auf den 6. Oktober wurde beim
Bürgermeister in Wahlen eine Versammlung angesetzt, also ein Ge-
nosse über „Arbeiterorganisationen“ sprechen sollte. Der Bürgermeister,
zur ultramontanen Partei gehörend, erlaubte dies und das Anschlag
von Wahlen. In dieser Versammlung fanden sich nun folgende Staats-
retter ein: der Unteramtmann (Polizeikommissar) Namens Sonntag,
der Gendarmereiwachtmann Herold, 2 Gendarmen, alle aus Lörrach,
1 Polizist aus Wahlen, also 6 Mann hoch.“ Der neugewählte Po-
liziekommissar wollte gern wissen, wie der Referent heiße und woher er
sei, und wie und was für Grenzen er sich in seinen Ausführungen zu

ziehen gedente x. Es erhielt aber von dem Vorsitzenden und dem Re-
ferenten gehörige Aufklärung. Im Uebrigen ließen die „Rüge und
Defekt“ die Versammlung gewöhnen, die denn auch den ruhigen Ver-
lauf nahm. Und die fünf Staatsretter hatten einmal wieder — das
babische Ländchen gerettet. Beiläufig Gendarmereiwachtmann Herold
scheint mit einem Polizisten in Basel, Wachtmeyer Schweizer — alles
wohlwollende Namen — gut befreundet zu sein, und ich möchte hier-
mit die deutschen wie die schweizerischen Genossen und ich die zwei Per-
sönlichkeiten aufmerksam machen. Wenn ich mich nicht irre, so entsalzte
Schweizer bei den Basler Hausfuchungen große Thätigkeit!

Auf vorliegendem Sonntag den 13. Oktober wurde in Lörrach, um über
den nach Offenburg einberufenen Arbeiter tag und die Aufstellung
eines Reichstagskandidaten schließung zu werden, eine Arbeiterversam-
lung in die „Alte Banrstraße“ einberufen, zu der Schumacher Haug
aus Freiburg als Referent anwesend war. Bei Eröffnung der Ver-
sammlung, die sehr stark besucht war, so daß das Lokal nicht einmal
ausreichte, mußte Vorsitzender Klotz, Schriftfeger, anzeigen, daß dieselbe
laut folgenden Gründen verboten sei:

St. Bezirksamt Lörrach. Den 12. Oktober 1889.

Die Abhaltung von Arbeiterversammlungen betr.
In Erwägung, daß die auf morgen Nachmittag einberufene öffent-
liche Arbeiter-Versammlung den Arbeitertag in Offenburg zu einem
Gegenstand seiner Besprechung gewählt, welche J. F. Haug von Frei-
burg einleiten soll.

In Erwägung, daß dieser Haug, als Agitator der sozialdemokratischen
Partei bekannt, schon wegen Vergehens gegen § 19 des Reichsgesetzes
vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der
Sozialdemokraten und § 129 des Reichsstrafgesetzes bestraft worden ist,
in Erwägung, daß hiernach die Annahme gerodfertig erscheint, daß
diese Versammlung mit Haug als Referent zur Förderung sozial-
demokratischer, auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung
gerichteter Bestrebungen bestimmt ist, wird diese Versammlung auf
Grund des § 9 Absatz 2 des genannten Gesetzes
verboten.

93. Sonntag.

Dieses Verbot ist Einberufer Klotz, Schriftfeger, zu übergeben.

Gegen solche Weisheit war nichts zu machen, die Versammelten be-
gaben sich daher nach dem schweizerischen Dorfe Nicken, also sich der
Referent, Genosse Haug, bei gefülltem Hauke keiner Aufgabe ent-
ledigte. Die Versammlung setzte einstimmig den Bescheid, für die
kommenden Reichstagswahlen Genosse Haug, Schumacher, als Kan-
didat für den Wahlkreis Lörrach aufzustellen, und mit allen erlaubten
agitatorischen Mitteln die Kandidatur zu unterstützen. Mit einem Hoch
auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung. Man sieht, alles
Dinge, die zu hunderten von Malen heute in Deutschland unter den
Augen der Behörden vor sich gehen. Trotzdem wird es wohl nicht
lange dauern, bis unser neuer Landvoigt, vulgo Bundesanwalt, entdeckt,
daß die Versammlungen der Genossen in Nicken höchst staatsgefährlich
und daher „zu verbieten“ sind.

Die Basler Grenzwehr.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemahregelten nicht!

Briefkasten

der Expedition: Clara: Was an d. Schft. fehlte, war ver-
griffen. Das Sonntige hat die Zwischenhand wahrscheinlich verfehlt.
Wollen Sie denn nicht auch einmal zugreifen? Beiläufig, folgt. Bl. v.
23/10 hier. Dank. — Monement: Bl. 25. — Ab. 3. Ca. u. Bl. 21.
erb. Vorlagen im Gemüthlichen folgen, ebenso Diktatbestellg. — Sampa.
Lova u. Co. Bn.: Bl. 1.1 f. Diktat. erb. — G. Tbg. S. Paolo:
Bl. 16. — f. Diktat. per B. Bgr. erb. — Virtas: Bl. v. 22. freute
mit dem unseigen v. 21/10, der weitere Disposition enthält. Warum
geben Sie denn vorhandene Diktatzahl nicht an? Ab. notirt. —
New-Beider: Bl. 1.1 f. Diktat. u. Bl. 25. am 25/10 per Köp.
N. N. erb. — Victoria, Felix III. Barba x. x. x.: Der Weber und
Schlichter J. Kolowrat aus Oesterreich, jetzt in New-Beider Pass,
Amerika, geht sehr fleißig in die Arbeit, wo er mit Weidern
und Nahrungsmitteln unterhält wird, nachdem er auch parteiässig ent-
sprechend unterstützt worden. Seine Prinzipientreue und partei-
genössliche Bistigkeiterei ist damit auf „natürlichem Wege“ erklärt.
— Am. Langner Chicago: In Bl. Nr. 42 lesen Sie die Aufklärung
über Hys. Edg. Gemüthliches folgt auf unfre Redmung ab Bln. Dank
für Beilage. — N. G. N. Port: B. Marken v. 14. u. 16/10 erb. Sie
sind also, daß man sich auch irren kann. Beiläufig hatten Sie übrigens
nicht so viel. Fortsetz. folgt. — Schügen: Bl. 100. — a. Gto. Ab.
x. u. Bl. v. 23. sind am 25/10 endlich eingetroffen. Beiläufig u. Adr.
vorgemerk. — T. v. Bl.: Bl. 44.40 a. Gto. Ab. x. erb. Beiläufig
notirt. Erfragtes mühte bereits dort sein. Wiegts etwa am Adressaten?
Bl. Naderes. — Tisch. soziald. Leseklub Paris: Fr. 247. 95 a. Gto.
Ab. x. u. Fr. 100. — per Wahltds. d. B. erb. Weiteres am 25/10
Bl. 1. Sie machen nun zum dritten Male das Geld bei der Hauptpost
zahlbar, anstatt bei der Kenish Town Road Post-
office. Sie müssen beim Empfangen bei der Post dorten ver-
langen, daß Auszahlung in Kenish Town Road Postoffice
vorgedrieben wird. Siehe Nr. 14 des „Sozd.“ am Kopf! — Die
rothe Behme: Bl. 150. — a. Gto. Ab. x. erb. u. Bl. 7. 70 auf
Bl. 7. 50 per Gegr. notifizirt. Ad. geord. Bl. mehr. — Gabriel-
wirth: Bl. 2. 60 Fortsetzung ab 1/11 89 bis 1/2 90 erb. Das
Bauktamer „Sozd.“, sofort“ nach allerdings vor dieser erhebenden
Thatsache — erlassen. Gruß! — J. B. By.: Bl. 4. — erb. und
hieson Bl. 4. 40 per Ab. 4. Ca. u. Bl. 2. — per Hfs. d. B. ver-
wendet. Adr. nach Nachschrift geord. — Wohlgenuth: Bl. v. 24. am
28/10 eingehend erwidert. Bedarf u. Ab. reiflich. — Urania: Ab.
Bl. v. 22/10 geord. Bl. 1000. — a. Gto. Ab. x. am 26/10
i. 3. Olympe. erb. Kreuzen mit unsem Bl. v. 23/10. — Valtzar:
Nachr. v. 25/10 hier u. Weiteres veranlagt. Mitgl. übrigens, daß es
doch noch hapert. Nachr. folgt, sobald Klarheit. — Theodor Neuh
Bl. 5 New-Beider. Ludgate Circus G. G.: Bl. 1. 6 per Post
Order B. 9. Nr. 696.413 für 1 Diktat. am 28/10 a. e. Bl. re-
touriert. Gründe auf Wunsch in Fraktur. — G. S. G. u. A.:
Bl. 4. 40 Ab. 4. Ca. Sch. erhalten. Bl. Weiteres. — Fernandes:
Bl. 100. — a. Gto. Ab. x. erb. Adr. war fehlerhaft. — Th. B. Kall-
ford: Bl. 1. — f. Schft. erb. Weiteres bel. u. erwart. — J. B.: Ja-
wohl. Besten Dank und Gruß. — A. G. S. Dier: Bl. 7. — f. Schft.
erb. Totale Kompletierung wird kaum möglich werden. — Philo:
Abg. Schft. Send. v. 29/10 u. Ab. 4. Ca. 23. bleiben (da Nr. 4. Ca.
schon bezahlt ist) noch Bl. 4. 06 zu Ihrer Verfügung, die wir erwarten.
Gruß! — Forten: Bl. 12. 23 per. Verl. gutgeh. Abgabe i. Bl. müssen
Ihren befehlen. Philo u. Bl. folgt. — G. W. Porto-Alegre: Fr. 65.
— a. Gto. Ab. x. am 30/10 erb. u. Adr. D. erwar. — J. Simfr.: Lond.:
Bl. v. 28/10 erb. Klten noch nicht entbehr. — Bl. Josef: Bl. v. 28/10
hier. Ade. not. u. befragen Weiteres. Warum aber sagen Sie nicht kurz
und bündig, was Alles da ist! —

Verpätet.

Durch die Internat. Bank in Chicago sind am 12/9 a. e. Bl. 102.05 —
an und abgeschickt worden, worüber erst jetzt öffentlich quillert
werden kann, weil der Auftraggeber der Bank uns bis zur Stunde ohne
jede Nachricht Hess, was mit dem Gelde geschehen ist.

Durch anderweitige Nachfrage nach dem Verbleib der Duitung er-
fahren wir nun, es seien von Chicago Dollars 586 — für die
Freikunden und gemahregelten deutschen Bergleute
geschickt worden, wovon der Betrag von ca. Dollar 500 — (Bl.
Strl. 102.05. —) am 30/9 in unsere Hand gelangt sein dürfte.

Wir haben denselben nun sofort und bestens dankend seiner Bestim-
mung entgegengeführt.
Lond. u. den 25. Oktober 1889.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.